

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die erste Dezemberhälfte 230.— Mrk. Einzelverkaufspreis 20.— Mrk. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die acht gespaltenen Petitzile oder deren Raum 42.— Mark, auswärtige 46.— Mark, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 40 Mrk.; für Reklamen 185.— Mrk. Geschäftsstelle: Johannisstraße 46. Fernruf 926.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummmer 285.

Mittwoch, 6. Dezember 1922.

29. Jahrgang.

Kuddelmuddel II.

Dr. L. Lübeck, 6. Dezember.

Im Dorian Gray prägt Oscar Wilde den Satz: In der Liebe betrügt man erst sich selbst, und dann alle anderen.

Sieht Hax statt Liebe, und ihr habt den Schlüssel zu dem Geistesgewirr, das alle bürgerlichen Fraktionen der Lübecker Bürgerschaft seit einigen Tagen umdüstert!

Aus Hax gegen die politisch aufstrebende Arbeiterschaft haben sie sich bei der letzten Bürgerschaftswahl erst selbst betrogen. Erfolg: Kuddelmuddel, Reinkall, Rachenjammer!

Und jetzt hat der gleiche Hax folgerichtig zu dem zweiten Stadium geführt: Jetzt werden von ihnen alle anderen d. h. die ganze Lübeckische Bevölkerung, betrogen. Erfolg: doppelter Kuddelmuddel, Höhngelächter auf allen Seiten, Riesenjammer!

Mit kurzem politischen Ausdruck: Der tragische Sündenfall der Demokraten vor der Bürgerschaftswahl zieht immer neues Verhängnis nach sich. Jetzt wird auch die Volkspartei in den Strudel des Wirrwars gezogen. Und der deutsch-nationale Mephisto zieht lachend am Strick; die Kraftmeier der Hausbefürcher aber liefern dazu brüllend das nötige Geräusch. Der alte Kuddelmuddel in erneuter und vergrößter Auflage! Wie wird sich Behn freuen, daß er nicht mehr dabei ist!

Wer Beweise braucht für unsere Auffassung, der lese die bürgerliche Presse aller Richtungen durch. Zwei Töne schallen wie Leitmotive immer wieder durchs Konzert: „Endlich ist die bürgerliche Einheitsfront hergestellt! Die Sozialdemokratie ist überrascht und erschreckt!“ Hörte man nicht ganz ähnliche Töne in den unruhigen Zeiten des sogenannten Bahnkompromisses?

Die bürgerliche Einheitsfront ist uns heilhaft. Seitdem wir mit Schmerz erleben müssen, wie die Lübecker Demokraten Demokratie und Republik verrieten und verkauften für das almosenhafte Linsengericht einiger Mandate, sind sie für uns nicht mehr die Kämpfer im Streit für die Revolution — und die meisten von ihnen wollen das auch gar nicht sein. Nicht wahr Herr Boie oder Herr Dr. Neumann?

Ob bürgerliche Einheitsfront oder nicht das ist genau so gleichgültig, als ob heute in dem triftenden Grau des Dezembertages zehn Regentropfen mehr oder weniger in das Häusermeer unserer Stadt niederrieseln. Wozu also das ewige Gefasel?

Und das andere? Der Schreden und die Ueberraschung der Sozialdemokratie? Erschreckt? Darauf erwartet man wohl keine Antwort von uns. Und überrascht? Ja, das waren wir! Für so dummkopfisch hattet wir nämlich die bürgerlichen Fraktionsführer doch nicht gehalten.

Als die Drohung der bürgerlichen Fraktionen, sie würden im Falle des Festbleibens der Sozialdemokratie jede weitere Mitarbeit verweigern, bekannt gegeben wurde, war es gerade der Schreiber dieser Zeilen, der wörtlich sagte: „Sehr hoch habe ich ja die politische Weisheit unserer bürgerlichen Fraktionen noch nie geschätzt. Aber daß sie sich in die aussichtslose und lächerliche Sadgasse des parlamentari-

schen Streiks begeben, für so dummkopfisch halte ich sie doch nicht. Die bürgerliche Drohung ist eine Dummkopfheit ohnegleichen; ihre Verwirklichung aber wäre eine Narretei, wäre der Gipfel unmöglichster Lächerlichkeit.“

Als dann aber die bürgerliche Harlekinade trotzdem stieg, da waren wir allerdings überrascht — aufs angenehmste überrascht. Mit mitleidvollem Lächeln und einigen erheiternden Zwischenrufen verabschiedeten die Sozialdemokraten ihre beleidigten Kollegen auf der anderen Seite und — erledigten das Programm; mit der gleichen freudigen Ruhe taten sie dies wie bei der Bürgerschaftswahl 1921 angesichts der damaligen bürgerlichen Verwirrung.

Und sie erledigten ihr Programm so, wie immer, wie sie es vor ihrem Gewissen, vor der Lübecker Arbeiterschaft und vor der Allgemeinheit jederzeit verantworten können. Nicht wie zu den seligen Zeiten des „Baterkötthischen Vereins“, wo die Mehltheit der Bevölkerung nicht einmal beachtet wurde, wo alle Anträge der Sozialdemokraten mitverständnisinnigem Grinsen beiseite geschoben wurden.

Die Vorwürfe aber, daß die Sozialdemokratie Interessenpolitik getrieben habe, sind schmückende Verleumdung und keiner Antwort würdig. Republikanische Politik! das ist unsere Richtlinie. Immer wieder haben wir betont, daß wir den Volksboten nur deswegen vor den anderen Zeitungen bevorzugen, weil er das einzige republikanische Blatt in Lübeck ist. Hat sich vielleicht daraufhin irgend ein anderes Blatt zur Republik bekannt? (Der General-Anzeiger z. B. ist seit Monaten deutschösterlicher und nationalistischer als die Lübeckischen Anzeigen.) Vielleicht überlegen sich das einmal die Demokraten; vielleicht kommen sie dann zu der schmerzlichen Erkenntnis, daß sie am Montag tatsächlich zum zweiten Male ihr republikanisches Erstgeburtrecht verraten und verkauft haben — für nichts und wieder nichts!

Bevor sich die Lübecker Demokraten nicht mausern und reinigen, werden sie für jeden echten Republikaner nichts anderes sein, denn „ein Geschäft und eine schmerzhafte Scham.“

Zum bürgerlichen Streik selbst ist nur wenig zu sagen. Möge man streiken solange man will; wenn einige unangenehme Anträge, die Zweidrittelmehrheit brauchen, aufzutreten, wird man sicher erscheinen — im Laufschritt. In intuitio Israel . . . wenn's an die Nieren geht.

Noch eine Bemerkung zum Schluss:

Wenn man in der Verlegenheit gar nichts mehr anderes gegen die bösen Sozialdemokraten weiß, so führt man die alten und erfahrenen Parteigässen und die große Fraktionsminderheit ins Feld, die mit der Haltung der Mehrheit nicht einverstanden gewesen sein sollen. Eine absolute Verdrehung der Tatsachen ist auch das, seit langem bekannt und geübt.

Gerade in der Amtshälftefrage war die Opposition in der Fraktion von Anfang an sehr gering; als aber die bürgerliche Drohung vorgesetzt wurde, da schloß sich die Fraktion erst recht zusammen; und jetzt, nach der kleinen Don Quijote vom Montag, ist sie absolut einmütig. Und es gibt in ganz Lübeck nicht einen einzigen Sozialdemokraten, der nicht mit vollster Überzeugung hinter unserer Fraktion stecke.

der Türkei das Recht zu erteilen, die Dardanellen zu besetzen, ist für England unannehmbar. Es scheint, daß auch die anderen Ententemächte ursprünglich einmütig gegen Tschitscherin Front machten. Als es sich allerdings darum handelte, die Haltung der Ententemächte schriftlich zu fixieren, erklärte der Vertreter Italiens, hierzu von Mussolini nicht ermächtigt worden zu sein. So mußte dann die Erörterung ausgelegt werden, bis eine Antwort von Mussolini einlief. Man wird dieser Antwort mit Spannung entgegensehen können, da es bekannt ist, daß sich Mussolini gerade in der Meerengen-Frage eine Sonderstellung vorbehalten hat, die von den Ansichten Tschitscherins nicht weit entfernt zu sein scheint.

Italien auf Seiten Russlands und der Türkei?

Lausanne, 5. Dezember.

Während man im Kreisen der verschiedenen Delegationen von dem völligen Einvernehmen zwischen Lord Curzon und Barrere spricht, heißt es, die Haltung der italienischen Abordnung rufe großes Erstaunen hervor, denn sie schreibt die von Tschitscherin gepredigten Grundsätze anerkannt zu wollen. Auch Italien würde die völlige Freigabe der Meerengen für HandelsSchiffe aller Nationen. Als Erbe des österreichischen Klonds besitzt Italien gegenwärtig wichtige Schifffahrtslinien im Schwarzen Meer, und es wolle infolgedessen seine bevorzugte wirtschaftliche Stellung ausnutzen. Die Frage der Kriegsschiffe erscheine ihm dabei als ein großes Hindernis. Deshalb wolle es gleich Russland der Türkei Souveränitätsrechte über die Meerengen gewähren.

Das Urteil gegen die Scheidemannattentäter.

Leipzig, 6. Dezember. (Telegramm.)

Der Staatsgerichtshof sollte heute vormittag folgendes Urteil gegen die Attentäter:

Deutschland lagt wurde wegen gemeinsamen Mordvertrags zu 10 Jahren Zuchthaus; Hauptet wegen des gleichen Vergehens zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Den Angeklagten wurden ferner die bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre abgezogen.

Reichstag.

276. Sitzung.

Dienstag, 5. Dezember, nachm. 2 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst 20 kleine Anträge. Die Deutschnationalen erkundigen sich nach dem Ergebnis der Untersuchungen über ein angebliches Mordkomplott gegen den ehemaligen Reichsanziger Dr. Wirth. — Die Regierung antwortet, daß sich die damaligen Mitteilungen auf die Selbstbeschuldigungen bezogen, die der Kaufmann Willi Schulz aus Dresden auf der Bahnhofswache in Hagen machte. Im Verlaufe des Eröffnungsverfahrens hat er alles widerruft und als freie Erfindung bezeichnet. Da außer letzterer Selbstbeschuldigung fand für ihn Belastendes nicht ergab, fehle es an einer Grundlage für eine öffentliche Anklage.

Auf die Anfrage des Zentrums, ob es wahr sei, daß dem bekannten Führer der Eisenbahner Menné, erst ein Posten als Regierungsrat und dann mehrere Millionen Mark angeboten wurden, falls er sich aus der Beamtenbewegung zurückziehe, teilt der Vertreter des Reichsverkehrsministers mit, daß diese Angaben Menné unwahr sind, und daß gegen ihn Strafantrag gestellt wurde.

Die Behauptungen über Misshandlungen der Mannschaften des Reichswehrregiments Nr. 2 in Löwen durch die Offiziere waren Gegenstand einer Anfrage der Kommunisten. — Zwei vom Reichswehrminister eingeleitete Verfahren haben jedoch die völlige Haltlosigkeit dieser Behauptungen ergeben.

Gegenüber den Behauptungen einer Anfrage des Abg. Künster (Soz.), daß von den Fahnenjägern der Münchner Marineschule am 23. und 24. Juni das Ehrhardt- und Loewenfeld-Lied gesungen wurde, antwortet der Vertreter des Reichsmehrzimmers, daß die vernommenen Fahnenjäger mit Bestimmtheit gemeldet hätten, daß diese Lieder nicht gesungen worden seien. — Auf eine Ergänzungsfrage, ob die Regierung nur die beschuldigten Offiziere vernommen habe, wird keine Antwort erteilt.

Den Reigen der Anfragen beenden zwei deutschnationalistische Abgeordnete über die Auflösung der „Nationalsozialistischen Arbeiterpartei“ und des „Verbandes nationalgesinnter Soldaten“. — Die Reichsregierung sieht keinen Grund zum Einstreiten gegen diese Maßnahmen der preußischen Regierung.

Das Haus tritt dann in die zweite Beratung des Gesetzes über die Feststellung eines siebten Nachtragsetals zum Reichshaushalt für das Rechnungsjahr 1922 ein. Die Beipreisung des Haushalts des Reichspräsidenten wird verbunden mit der ersten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über das Ruhegehalt des Reichspräsidenten. — Abg. Fröhlich (Komm.) lehnt sowohl den Entwurf wie das Ruhegehalt ab. — Der Gesetzentwurf geht an den Haupthaushalt. Die Nachträge zum Haushaltplan des Reichspräsidenten, des Reichsministeriums, des Reichskanzlers, der Reichsanziger, des Reichswirtschaftsrats und des Reichswehrministeriums werden nach den Anträgen des Haupthaushusses bewilligt.

Beim Nachtragsetat des Reichsjustizministeriums fordert Abg. Rosenfeld (Soz.) eine klarende Reform des Strafverfahrensverfahrens, eine Stellungnahme des Reichsjustizministers zum Frechenbach-Prozeß und zu den dauernden Verlebungen der Justizhöhe des Reiches durch Bayern. Zudem müsse der Minister erklären, wie er die Klassenjustiz zu mildern beabsichtige.

Reichsjustizminister Dr. Heine dankt seinem Vorgänger für seine gewissenhafte Arbeit und sagt: Die Reformarbeit geht weiter, aber auch hier müssen die wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Die große Frage der Verbindung der Justiz mit dem Sozialleben wird unangefochten von mir gefördert werden. Beim Geschleidungsrecht darf den Abschaffungen weiterer Polizeikreise nicht vor den Kopf gestoßen werden. Über den Prozeß Frechenbach werde ich im Ausschuß Auskunft geben. Im Falle Ehrhardt hat die Münchner Polizei fortsetzt gehandelt. Die Durchführung des Reichsrechts wird mit besonders am Herzen liegen und die Justizpflege werde ich ver suchen, aus den Polizeibefreiungen herauszuheben. — Der Nachtrag wird bewilligt, ebenso der zum allgemeinen Pensionsfonds.

Nächste Sitzung: Mittwoch 5 Uhr. Tagesordnung: Sozialdemokratische Interpellation über die Steigerung der Lebensmittelpreise, Fortsetzung der Staatsberatung, erste Beratung des zweiten Wahlgesetzes.

Schluss 25 Uhr.

Die deutsche Antwort auf die Drohnote.

Berlin, 6. Dezember.

Wie dem „Berl. Lokalanzeiger“ mitgeteilt wird, besteht innerhalb der Reichsregierung und auch der bayrischen Regierung kein Zweifel darüber, daß die Geldforderung der Polizeiaufzehrungsforderung in Höhe von 1 Million Goldmark nicht aufgebracht werden kann, auch nicht durch das Reich. Daß die Städte Passau und Ingolstadt oder etwa der bayrische Staat eine derartige Summe bezahlen könnten, ist natürlich von vornherein ausgeschlossen. Bisher nimmt man an, daß sich auch eine Einigung zwischen der Reichsregierung und der bayrischen Regierung dadurch erzielen läßt wird, daß in der ablaufenden Note das Bedauern des bayrischen Ministerpräsidenten zum Ausdruck kommt.

Belgien für die französischen Garantieforderungen!

Brüssel, 6. Dezember.

Gestern wurde im belgischen Ministerium die Wiedergutmachungsfrage besprochen. Nach dem Bericht des „Stoile Belge“ hat die Regierung sich entschlossen, nur unter strengen Garantien ein Moratorium für Deutschland einzurichten. In dieser Beziehung sei Belgien mit Frankreich einig. Auch glaubt die Zeitung mitteilen zu können, daß wenn keine Lösung gefunden werde und Frankreich sich entschließen sollte, das Kriegsgebiet zu belagern, Belgien vorstellen werde, diese Besetzung von den Alliierten gemeinsam vornehmen zu lassen.

Dollar 8300.

Die Krise in Lausanne.

Die Konferenz von Lausanne, die für die Mossul-Frage noch keine Antwort gefunden hat, ist beim Meerengen-Problem ins Stocken geraten. Wie in Genua, ist auch in Lausanne der Vertreter Russlands, Tschitscherin, die Personlichkeit, die Sprengpulver auf den Konferenztisch wirkt. Er griff gleich nach seiner Ankunft in die Verhandlungen ein. Für die Meerengen-Frage so führte er in einer längeren Rede aus, gebe es nur eine Lösung: Verbot für Kriegsschiffe und Militärflugzeuge, die Meerengen zu befahren. Man kann nicht leugnen, daß dieser Vorschlag eine praktische Lösung in sich birgt. Aber ja war es von England nicht gemeint, wenn es sich überhaupt auf eine Entscheidung der Frage einließ. England betrachtet ja als die Macht am Bosporus. Es bestätigt nicht, diese Machtstellung aufzugeben, wenn es auch durch die Unzulänglichkeit der Verhältnisse gezwungen, bereit ist, der Türkei einen Teil ihrer Souveränitätsrechte wiederzugeben. Die Fortbewegung Englands,

Das Scheidemann-Attentat vor Gericht.

Grafsantrag: 11 Jahre Zuchthaus.

SPD. Leipzig, 5. Dezember. (Eig. Drabber.)

Der Oberrechtsanwalt beantragte nach einer längeren Anklagerede gegen jeden der beiden Angeklagten im Scheidemann-Prozeß wegen Mordversuchs eine Zuchthausstrafe von elf Jahren, gegen Dehlschläger außerdem wegen unerlaubten Waffentragens sechs Monate Gefängnis, zusammenzuzügen aus einer Gesamtstrafe von elf Jahren drei Monaten Zuchthaus. Ferner beantragte der Oberrechtsanwalt gegen beide Angeklagte Überlennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zehn Jahren, wobei er sich auf denselben Standpunkt stellte wie im Rathenau-Prozeß, daß nämlich bei wirklich politischen Verbrechen eine Überlennung der Ehrenrechte nicht in Frage komme, bei einem Verbrechen aber, wie dem vorliegenden, bei dem es sich um einen gewöhnlichen Meuchelmord handle, müsse der Spruch auf Überlennung der bürgerlichen Ehrenrechte lauten.

*

Im zweiten Verhandlungstag wurde mit der Beiseinsprache fortgesfahren. Der Vorsitzende erinnerte Dehlschläger zunächst u. a. daran, daß er am Montag entschieden bestritten hat, während seines Kassel-Aufenthalts nach Berlin und Wiesbaden gereist zu sein. Dehlschläger: In Wiesbaden war ich im April von Elberfeld aus. Ich habe dort eine befehlt Dame aufsucht. — Vori: Das hätten Sie doch auch gestern sagen können.

Als Zeugin wurde dann die Stütze Katharina Waldschmid aus Kassel vernommen, die seinerseits bei Frau v. Schleben tätig war. Sie bestandet, daß Dehlschläger bei Frau v. Schleben ein Zimmer gemietet habe und daß er dann mehrere Tage hindurch den Besuch eines Herrn, namens Günther, empfangen habe. Dieser Günther sei aber nicht mit Huster identisch gewesen. Dann habe Dehlschläger immer von einem Freund erzählt, der entweder schon in Kassel sein sollte oder möglich dort ermordet würde, und seltener sei ihm dann Huster erschienen und habe ihn ebenfalls bei Frau v. Schleben eingemietet. Vom gleichen Tage an sei dann Günther nicht mehr gekommen. — Huster: Ich war es, der Dehlschläger in den ersten Tagen öfters besucht habe. — Zeugin: Nein, es war ein anderer Herr. — Der Vorsitzende legt der Zeugin dann das Bild eines jungen Mannes in Uniform vor: Wer es vielleicht dieser Herr? — Zeugin: Da, es sieht dem Bild ähnlich. Dieser Herr ist dann nicht mehr erschienen, als Huster bei uns einzog. — Vori: Wie waren denn die Geldverhältnisse der beiden? — Zeugin: Sie haben nichts und mit bezahlt, mehr als alle andere Männer. Unsere Freunde sagen beide wen abseits wo die Wette bis zum 15. Juni beschikt habe. Als ich zurück Wiesbaden schickte, habe mich Huster dann bereonete mir an der Kurstätte plötzlich Dehlschläger. Ich weiß ganz gesichert, daß sie hatten bei ihrem Fortgehen gestritten, sie verließen die Stadt. Als ich dann noch oben kam, sah ich Frau v. Schleben, die erschrocken betrübt war. Dehlschläger wurde nicht wiederkommen, und er löste das Zimmer eines Winters erhalten, der aussteife. Das war wohl bis vierzehn Tage nachdem. Ich habe ein anderes Mal noch Dehlschläger in der Schuhmühlstraße in Kassel getroffen. — Dehlschläger: Ich kann mich davor nicht enthalten. — Vori: Es ist doch sehr merkwürdig, daß Sie noch dem Attentat bei Frau v. Schleben geweitet sind. — Zeugin: Ich weiß. — Dehlschläger: Ich weiß Sie doch erkannt. Hier ihre Haltung zu ändern. Ich erinnere Sie nur an Ihr rechtes Auftreten gegenüber dem Herrn Weberschoen, der Sie hier mit vereidigt bewunderten. Weberschoen und Obertorff sind sicherheit bei.

Die Zeugin Wagner, bei der Dehlschläger und Huster lebendes so bei Frau v. Schleben wohnten, erzählte weiter, daß sie später mehrfach mit den Angeklagten über Politik unterhalten habe. Auch vor dem Attentat habe Dehlschläger einmal gesagt: „Wie die Hente in der Raupe sind, sind Schäfchen und Schafe und gehören zur die Hölle.“

Dann wurde Weberschoen, der Verteidiger Dehlschlägers, vernommen. Der leitete auf Grund der Mitteilungen über Zeugenaussagen des Pfarrers Dr. C. zu den Weissen-Wörtern in der Katholikenzeitung tätig war. Der Prozeß steht an, daß Frau von einem Gemüthsmann, und zwar von einem Pfarrer, die Mittelkunde benötigt werden soll, daß ein Student Alfred Gräber, der katholische Sohn des Dr. C. Göttert, für Dehlschläger keine Todesabsicht gehabt habe. Dehlschläger habe die Mittelkunde zu befehligen. Das Sothen des Kurfürst. erfuhr Huster, daß er der Dr. C. nicht entdeckt, daß er ihn nur als passendig zu ihr eingeschaut habe. Diese Tatsache will er nie in seinem Leben gestehen über erzählen haben.

Dann wurde der Weberschoen-Pfarrer Dr. C. als Zeuge bestimmt, der folgendes mitteilte: Von einer Freuden Dame sei ihm mitgeteilt worden, daß er mit einer Dame aus Wiesbaden, ihr Ehemann nicht wiedergekehrt sei. Dafür habe die Dame erzählt, daß sie mit einem Kaufmann Dehlschläger bekannt geworden. Um Mittwochabend sei Dehlschläger plötzlich aus verschwunden zu ihr nach Wiesbaden gekommen und habe erklärt, er müsse die Zeugenaussagen zu ihr abholen, er könne nur noch dem Vaterlande dienen. Dehlschläger habe er kein Bild von ihr zurückgelassen. Auf diese verantwortliche Person, was denn los ist, habe Dehlschläger erstaunt. Das Ges ist er mich gefallen. — Sothen: Es ist aber falsch. Das Ges ist er mich gefallen? — Berater: Pardon! Es wurde mir bestätigt. — Hierauf trat eine Minutenpause ein. Die letzte Sitzung wurde nach der Freien Frühe, Dienstag, Ende des Berlin bestimmt.

Dann nahm

Oberbürgermeister Scheidemann

das Wort zu einer längeren Rednerfristrede. Zunächst rief er die Bedeutung der Zeugenaussage auf. Da im ersten Mittwoch waren die Zeugen Scheidemann und Dehlschläger beide zu haben. Seit einem Jahre hat Scheidemann die Ritter-Bierbrauerei in Kassel nicht mehr besucht. Scheidemann habe dann fest, die Angeklagten haben hier untergebracht, daß sie das Attentat auf mich verübt hätten, weil ich die Front unterstützen und die Nationalversammlung unterstützen hätte. Seither ist nichts und nichts daraus. Ich schaue von den Nationalversammlungen auf das Kriegsschauspiel und kann nicht daran denken, daß wir den Nationalversammlungen nicht in den letzten Tagen für eine offizielle Bezeichnung des Krieges benutzt haben soll. Das wäre also gezeigt, das Generalstab, das wir die Angeklagten verurteilen, und nun hat mich keinerne darüber zu einem Nationalversammlungen zu Kriegsbericht. Im Kriegsbericht erhältst du ganz etwas Neues die Meinung der Ritter-Bierbrauerei, und zwar besteht in mir gewisse in der Nationalversammlung, als die Nationalversammlung einsetzt. Weiter haben die Angeklagten gesetzt, daß seit dem Kriegsbericht zu unterscheiden. Dann habe ich zu erfahren, daß Freies Kurs für Dehlschläger, das ist unter der Befreiung als Nationalversammlung in das Kriegsbericht zu setzen, daß auch die Sozialdemokratie gesetzter müsse. Und das gesetzter einen Einschiff der Nationalversammlung in das Kriegsbericht, weil es nicht für rechtmäßig hielt. Im letzten Sitzung des nationalen Ausschusses des Kriegsberichtes mit seinem ersten Bericht zu bedenken. Mit dieser Ansicht steht ich aber in der Meinung. Wenn Dehlschläger überzeugt wird, dann ist nodig es zu beweisen, das was habe ich gemacht gemacht werden kann, um keinen etwas weiterzutun, was einer Kurbürde keinen Schaden. So wurde ich dann in das Kabinett gewählt. Es kann dann die Partei aus dem Kabinett kommen, die Jacob-

tung nach Waffenstillstand. Es hieß, das Heer halte nicht mehr stand. Wir haben uns gegen diese Forderung gewehrt und haben erklärt, man dürfe die Sache nicht überstimmen. Aber das war vergeblich. Es kam die dringende Forderung von Ludendorff:

„Es geht nicht mehr; ich bitte um Waffenstillstand. Das Heer hält nicht mehr aus; Nachricht vom Waffenstillstand muß innerhalb 24 Stunden bekannt werden.“

In diesem furchtbaren Stadium haben wir dann gehandelt, wie die Weisheit des ganzen Volkes es forderte.

Der Angeklagte Dehlschläger sagte hier, ich hätte dem Kaiser Möbel geliehen. Ich bitte um Verzeihung, wenn ich auf diesen Druck eingehen muß. Niemand steht so hoch, doch er nicht angegriffen werden kann, und als Oberbürgermeister kann ich zu diesem Vorwurfe nicht schwören. Die Möbel, die bei mir im Präsidentenbüro, in Empfangs-, Konferenz- und Werkzimmersälen usw. stehen, sind vom Magistrat der Stadt Kassel käuflich da. Staat erworben worden, und ich bin später in diesen Vertrag eingetreten. — Huster erlaubte sich nach dieser Rede Scheidemanns einige freche Erwiderungen, die von dem Vorsitzenden gebührend gezeichnet wurden.

Nach längerer Beratung lehnte dann das Gericht alle weiteren Beweisanträge ab und

Oberrechtsanwalt Dr. Ebermayer

nahm das Wort zu seinem Verteilung. Er führte u. a. aus: Erbenger, Scheidemann, Rathenau — drei Klappen auf dem Wege des sogenannten politischen, in Mittlichkeit gemeinen Neuhelmsches. Drei Ereignisse, die nicht etwa zeitlich zufällig zusammenfallen, sondern die eng mit einander im inneren Zusammenhang stehen. Drei Glieder einer Kette, die vielleicht noch nicht die letzten sind. Taten, die hervorgegangen sind aus einer verzweigten Klimaxsäule, wie sie durch die öffentlichkeit Heze gegen die führenden Männer unseres Landes geschaffen worden ist und leider noch täglich geschaffen wird. Die Täter in allen drei Fällen sind nicht dieselben Personen, aber in allen drei Fällen entstammen Täter, Teilnehmer und Begünstiger denselben Geschäftskreiseln. Sie sind Mitglieder gewisser Organisationen und Verbände. Es sind Personen, die vielleicht an einer geeigneten Stelle früher aufgetreten hätten, die aber jetzt wortlos geworden sind, die durch ein Landeskriminalisten die Schande vor fremden Menschenleben völlig verloren haben, die von Drahtziehern verdeckt, es als Sport betrieben, führende Männer, deren Garnier sie sind, entweder aus Rassenhass oder, weil sie für Schädlinge halten, befreit zu lassen. Dabei zeigen diese Angeklagten keine Sout von Einsicht oder Rue. Im Gegenteil, sie freuen sich noch ihres tragischen Erfolges. Ihr Verhalten zeigt von einer Verbindung des Ruhmes und Denkens, von einer Verkenntung alles dessen, was Recht und Gerecht ist, wie man es sich Kämpferhasser nicht vorstellen kann. Wie im Fall Rathenau, werden wir uns hier zu machen haben, ob der Gedanke der Tat im Hirn des Täters ohne weiteren Einfluß entstanden ist, oder ob hinter ihm bestimmte Verbände und Organisationen stehen, die sie angestiftet, ihnen den Gedanken eingegeben haben und die sie in der Ausführung der Tat unterstützten. Auf diese leichte Frage hat die Bevölkerung keine Antwort gegeben. Vielleicht wird man, wie später nach dem Rathenau-Vorfall, von einer gewissen Seite uns den Verdacht machen, wir hätten die Täden absichtlich nicht ermittelt. Kein Vorwurf ist unberechtigter als dieser. Im Rathenaufall war es nicht möglich, die meisternen Täden zu entwirren. Nach weniger bestand die Möglichkeit hier. Die Untersuchungen gegen endete in im Ganzen, und es wäre eine große Torheit, kommt demgegenüber darauf hinzuweisen, daß die gesamten Kosten die Rückerrationierung, einschließlich der Herstellung der Rückkarten, 1% des Fabrikpreises ausmachen. Wir sind überzeugt, daß die Arbeiterschaft lieber diesen geringen Prozentsatz Vermaltungskosten als die enormen Buchergewinne der Rückkartenfabrikanten und der freien Wirtschaft bezahlen wird.

einen besonderen Vorschlag. Dies darf jedoch nicht so ausgewertet werden, als ob ich irgendeine Meinung ausdrücke. Weder Benn fragte hierauf: Kann es nicht zur Erläuterung der Lage tragen, wenn hier eine Erörterung vorliegt stattfindet? Benn erwiderte: Ich bin nicht dieser Ansicht.

Rücktritt des serbischen Kabinetts.

Paris, 5. Dezember.

Aus Belgrad wird gemeldet: Da die Demokraten und Radikale Partei sich nicht einigen konnten, habe Baschić die Mission des Kabinetts dem König unterbreitet, der sie angenommen habe. Nach dem Martin sieht man vorause, daß die Krise lösbar wird.

Der Finanzminister hat keine Zeit.

Die am Montag stattgefundenen Besprechungen der Spitzenorganisationen der Beamten und Staatsarbeiter beschloß, Dienstag eine Delegation aus je einem Vertreter der Spitzenorganisationen, ins Reichsministerium zu entsenden, den Termin für die neuen Verhandlungen festzusetzen. Dieses wurde die Delegation nicht von Minister, sondern seinem Vertreter empfangen, der keine bestimmten Zusicherungen konnte. Damit bleibt der Beginn der Verhandlungen offen; ebenso ist über die Höhe der von den Gewerkschaftenstellenden Forderungen ein endgültiger Beschluß noch nicht fest.

Aenderung des Vereinsgesetzes.

Der Reichsausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Dienstag mit einer Änderung des Strafgesetzbuches, nach der die hinderung oder Sprengung von Versammlungen bestraft werden soll. Ein Vertreter des Reichsministers des Innern hat im Ausschuß, diesen neuen Gesetzentwurf zurückzuweisen, da die Regierung beachtigte, dem Reichsrat noch in diesem Jahre ein neues Vereinsgesetz vorzulegen, das diese Fragen regelt. Die Deutschen Nationalen widersprachen, ebenso die Deutsche Volkspartei. Jede Genossen sprachen sich gegen den Entwurf aus, über den Entscheidung in der nächsten Sitzung des Ausschusses gefällt werden soll.

Luige gegen die Zwangswirtschaft.

Der völlige Abbau der Zwangswirtschaft ist der Wunsch der bürgerlichen Parteien und ihrer Presse. Sie sind darüber die Neueinführung der Zucker-Rationierung außerordentlich aufgebracht und verbreiten jetzt Gerüchte über die fahrlässigen Unkosten dieser Zwangswirtschaft. Es ist notwendig demgegenüber darauf hinzuweisen, daß die gesamten Kosten die Rückerrationierung, einschließlich der Herstellung der Rückkarten, 1% des Fabrikpreises ausmachen. Wir sind überzeugt, daß die Arbeiterschaft lieber diesen geringen Prozentsatz Vermaltungskosten als die enormen Buchergewinne der Rückkartenfabrikanten und der freien Wirtschaft bezahlen wird.

Sozialistische Regierung in Sachsen.

SPD. Dresden, 5. Dezember. (Eig. Drabber.)

Der neue sächsische Landtag hatte in seiner zweiten Sitzung am 5. Dezember nach der Wahl der ordentlichen Ausschüsse und des Bücherei-Ausschusses die Wahl des Ministerpräsidenten zu vollziehen. Von der sozialdemokratischen Fraktion wurde der bisherige Ministerpräsident Buck Wiedermahl vorgeschlagen. Andere Vorschläge erfolgten nicht. Die Kommunisten erklärten vor dem Eintritt in die Wahl durch ihren Sprecher, daß der Vorschlag der Sozialdemokratie ohne Mitwirkung der kommunistischen Fraktion zustande kommen sei. Wenn die Kommunisten der Wahl Buck stimmen, so solle das weder eine politische noch eine persönliche Vertrauenskundgebung sein. Von 94 abgegebenen Stimmen fielen auf den Genossen Buck 49, auf den Volkspartei-Kaiser 3, auf den Deutschen Nationalen Hoffmann 18; 24 Stimmen waren unbeschrieben. Mindestens von 70 gültigen Stimmen 49 auf den Genossen Buck. Er ist also mit erheblicher Mehrheit wiedergewählt. Die Sozialdemokraten und Kommunisten haben geschlossen für ihn gestimmt.

Die Vereidigung des Ministerpräsidenten und seine Sitzung am 12. Dezember.

Das „starke“ Bayern.

Und wer muß es bezahlen?

Es verlautet, daß der Ministerpräsident v. Kneiling entschlossen ist, den von der Botchafterkonferenz verlangten Entschuldigungbrief nicht zu unterzeichnen. Nach den Nationalsozialisten nunmehr auch die bayerische Mittelpartei, d. h. die Deutschen Nationalen, eine öffentliche Kundgebung gegen das Vorgehen der Entente veranstaltet, in der der ehemalige Oberbürgermeister von Köln, Herr Wallraf, sprechen soll. In einem Protest gegen die verdeckten Taten des Kabinetts ist ein deutscher Politiker gleichzeitig aus einer bayerischen Zeitung, der die Sache und das Gift überbracht haben soll, bestreit, es als ein Werkzeug, das die Flauten hätte unbedingt den Tod herbeigesührt, wenn es dem Attentäter gelungen wäre. Scheidemann besser zu helfen. Man hat es also mit einem überaus gefährlichen Mordversuch zu tun. Der Einwand, daß Huster bei der Ausführung der Tat nicht die notwendige Ueberlegung gehabt habe, ist ebenfalls völlig verfehlt. Es konnte keine Rede davon sein, daß er im Affekt gehandelt habe. Was das Strafmäß anlangt, so ist das einzig, was zugunsten der Angeklagten spricht, ihre bisherige Unbefangenheit. Auf der anderen Seite sei die Tat ebensowenig schwer und gemeingefährlich. Es handelt sich um einen Gangster. Huster hätte die Angeklagten einen Raubzettel ausgestellt, dabei gezeigt, einen Banditismus, wie er höchstens kaum auf denken lasse. Diese Tatsache spricht zu einer hohen Strafe, wobei kein Grund vorliege die Angeklagten verhüten zu befreien.

Sobald nahm der Verteidiger des Nebenklägers, Justizrat Berthauer, das Wort. Er bediente zunächst, daß das Gericht aus Rücksicht auf andere Untersuchungen weitergehende Ermittlungen abgelehnt habe. Berthauer widerlegte dann die verdeckten Taten der Angeklagten. Die Heimlichkeit lediglich den Versuch, neue Vorwände für einen endgültigen Loslösung des linksrheinischen Bayern zu schaffen. In eigentlichem Gegensatz zu dieser Verschärfung der Sitzung gegenüber Frankreich steht die Tatsache, daß zwischen französischen Industriegruppen und dem Deutschen Industrieverband, dessen Leitung der bayerischen Mittelpartei nahesteht, ein Sach- und Rohstoff-Vertrag zustande gekommen ist. Bei einem Essen, das zur Feier des Abschlusses stattfand, hielt der Präsident der französischen Handelskammer Köln, Herr Dr. Koestel, eine Ansprache, die von dem bekanntesten Metallindustriellen K. A. Schlüter erwidert wurde. Man muß sich daran erinnern, daß die Münchener reaktionäre Presse noch vor kurzem gegen das Bestehen der französischen Handelskammer zu Köln zu Felde zog. Heute schweigt sie wieder. Die Münchener B.Z. bemerkte: Die französische Koestel hier hielt, steht mit der Politik seiner Regierung leider ganz und gar nicht im Einklang. Ihr Wert wird dadurch natürlich wesentlich herabgedrückt.

Die deutsch-rumänischen Verhandlungen zur Klärung verschiedener Finanz- und Wirtschaftsfragen haben in Bukarest begonnen. Der Führer der deutschen Abordnung ist Reichstagsabgeordneter Dernburg. Es handelt sich bei den Wirtschaftsfragen in erster Linie darum, Rumänien zu bewegen, die aus dem Artikel 18 des Friedensvertrages herausgehende Sperrmaßnahmen zurückzunehmen, wie das schon viele andere Staaten getan haben. Bei den Finanzfragen drehen sich die Verhandlungen hauptsächlich um die Ablösung der Noten der Banca Generala.

Noch keine Einigung im Berliner Schauspielerstreik. Die Verhandlungen zur Beilegung des Berliner Schauspielerstreiks konnten am Dienstag noch nicht beendet werden; sie werden heute fortgesetzt.

Aus Ehrhardts Verschwörerwerkstatt.

Ehrhardt, auf dessen Konto ein großes Teil der Verantwortung des Deutschen Reiches im Verlaufe der letzten zwei Jahre steht, sieht nun glücklich hinter Schloss und Riegel. Die Geheimbündler sind dadurch ihres führenden Mannes entflogen, und es heißt anzunehmen, daß wir jetzt vorläufig von neuen Ereignissen der rechtsradikalen Geister bewahrt bleiben. Dieser Trost, diese Vermutung können uns nicht allein befriedigen. Nachdem Ehrhardt, der Kopf der Mordorganisationen, inhaftiert ist, muß verucht werden, über die Vergangenheit, über Urzüge und Gründen der Kommission aus letzter Zeit, die von Bayern ausgingen, nach Möglichkeit weitgehende Klärheit zu schaffen. Nur so besteht Aussicht, für die Zukunft neuen Plänen der Geheimbündler vorzukommen. Die Voruntersuchung darf sich nicht auf die Kapp-Rebellion bechränken, sondern muß ausgedehnt werden auf das, was diesen Staatsverbrechen vorausging und ihm folgte. Aus diesen Gründen halten wir es für angebracht, zunächst kurz auf vergangene Ereignisse in Bayern hinzuweisen, die die Gerichtsbehörden bei der Voruntersuchung nicht bisher acht lassen sollten.

Ehrhardt durchsuchte Oberbayern nach dem Kapp-Putsch planmäßig mit Geheimorganisationen, die ihre Mitglieder zum unbedingten Gehorsam gegenüber den Vorgesetzten verpflichteten. Besonders gab er dem Bund Oberland manch' Fingerzeig. Im Bayerischen Oberland richtete sich eine Oberland-Truppe häuslich ein, auf deren Unterstützung vor allem der Ortsführer Kanzler rechnete, als er den abenteuerlichen militärischen Anschlag auf Kärnten plante. Kanzler glaubte in seinem Größenwahn, die deutsch-österreichische Anschlussfrage mit Gewalt lösen zu können. Dieser Plan ist durch einen Beschwerde-Meier-Kons am Bayerischen Landtag im Februar 1921 bekannt geworden. Es ist völlig ausgeschlossen, daß Ehrhardt, dessen Spezialtruppe bei der Verwirklichung des Putschplanes Verwendung fand, nicht von diesem Vorhaben Kanzlers unterrichtet war. Seine Umgebung hätte sich nie entschlossen, gemeinsame Sache mit dem monarchistischen Gewaltmensch Kanzler zu machen, wenn sie nicht der Zustimmung Ehrhardts gewesen wäre. Hier hinterzuhalten ist u. E. eine Aufgabe des Reichsgerichts.

Weiter! Ehrhardt gewann bald den Nationalsozialisten Adolf Hitler als treuen Gehilfen für seine gegenrevolutionären Inträge. Hitler, der von seinen Getreuen zum deutschen Mussolini ausgerufen ist, hatte einige Zusammentreffen, die für die Ausbreitung der faschistischen Bewegung in Oberbayern von großer Bedeutung waren. Es wurde so ein enger Zusammenschluß der Ehrhardtschen Arbeitsgemeinschaft mit den Nationalsozialisten erzielt. Hitler hat ja inzwischen mehrfach bewiesen, daß er sich die gegenrevolutionäre Umsturztaktik des waghalsigen Kapitäns ganz und gar zu eigen gemacht hat. Nach dem Gelingen des Mußolini'schen Staatsstreiches hielt er am Mittwoch, dem 25. Oktober im Münchener Hofbräu-Saal eine Rede, in der er klipp und klar mit seinem Plane eines gewaltamhaften Staatsumsturzes heraustrückte. Diese Rede ist in dem Münchener nationalsozialistischen Kampfblatt am 1. November veröffentlicht worden. Hitler rechnet dort mit allen Parteien ab und erklärt sich grundsätzlich gegen den gesetzlich parlamentarischen Weg, um Deutschland aus den chaotischen Zuständen zu retten. Er führt u. a. aus: „Parlamente werden dem deutschen Volke nur helfen. Ein Weg zur Aenderung unserer Lage ist nur dann möglich, wenn wir bedenken, daß die jüdische Revolution von 1918 von einer geschlossenen kleinen Gruppe gemacht wurde, die dann als Stoßtruppe die breite Majorität mit sich forttrieb. Das ist der Gang nach einer jeden Umwälzung gewesen. Nach dieser Erfahrung ist Bismarck als einzelner Mann das deutsche Volk hochgerissen. Wir Nationalsozialisten wollen uns dieses politische Nutzen zu eignen machen und die Stoßtruppe bilden, die das Schicksal des Volkes in die Hand nimmt, um es aus dem Sumpf heraus in eine bessere Zukunft zu führen.“

Der hochverräterische Hinweis des Nationalsozialisten Hitler auf diese Theorie läßt nicht nur auf geistige Uebereinstimmung mit Ehrhardt, sondern auch auf engste persönliche Verbindung mit ihm schließen. Ist das Reichsgericht bereit, dem nachzugehen? Es gibt noch Leute in Bayern, die bereit sind, für diese Schlüffigkeiten einen Beweis anzutreten!

Kanzler und Hitler sind Personen, die zweifellos mit Ehrhardt in engster Verbindung gestanden haben, die von seinem Aufenthalt in Bayern unterrichtet waren, und die, wenn nicht als ausführende Organe, dann als Ratgeber berutzt wurden.

Sie muß das Reichsgericht schon in der Voruntersuchung vor allem ins Verhör ziehen, wie überhaupt alle Kräfte dorthin konzentriert werden müssen, in das Dunkel der Vergangenheit, in das Leben und Treiben der Mordorganisationen endlich Licht zu bringen. Dazu beizutragen werden wir nichts unterlassen!

Aus der Reichswehr.

SPD. Am Montag trat der Untersuchungsausschuß des Reichstags zur Prüfung der Vorwürfe gegen die Reichswehr zusammen. Der Berichterstatter, Genosse Hünlich, schlug vor, zunächst die in der damaligen Interpellationsdebatte im Plenum des Reichstages vorgebrachten Vorwürfe gegen die Reichswehr und gegen den Reichswehrminister an der Hand des vorliegenden Berichts zu prüfen und dann auf die Falle einzugehen, die sonst in der Debatte eine besondere Rolle gespielt haben: Hannover, Göttingen, Paderborn. Schließlich müsse der Ausschuß untersuchen, ob wirklich in der Reichswehr der Republik Republikaner und Demokraten, wenn sie sich eberlich zu ihrer Überzeugung bekennen, unmöglich seien. Weiter sei die Hauptung zu untersuchen, nach der aktive Reichswehrroßsziere engste Verbindung mit rechtsgesetzlichen Organisationen pflegten. In der Aussprache suchten die Vertreter der Bayerischen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten die Arbeit des Ausschusses erneut einzuschränken. Formal habe der Ausschuß nur das Recht, die seinerzeit erhobenen Vorwürfe zum Gegenstand der Verhandlung zu machen. Der Antrag des Berichterstatters ginge viel zu weit. Unsere Genossen hielten und kündigten erklärten die Arbeit des Ausschusses für überflüssig, wenn die beantragte Einschränkung erfolge. Erst als auch der Wehrminister darum bat, sich nicht zu weit zu beschränken, weil sonst leicht die Arbeit des Ausschusses und ihr Wert in Frage gestellt werden könnte, fand ein Antrag Petersen (Dem.) Annahme, von Fall zu Fall zu prüfen, ob die vom Berichterstatter vorgetragenen Fälle verhandelt werden sollen.

Es wurde sodann in die Besprechung der Fälle eingetreten, die Genosse Vogel bei Begründung der sozialdemokratischen Interpellation vorgetragen hat. Aus dem Bericht, der nach eingehender Prüfung der Akten des RWM. erstattet ist, ergibt sich, daß die meisten Vorwürfe ihre Bestätigung finden, das Wehrministerium aber überall dort, wo sich Ungehörigkeiten ereignet haben, eingegriffen hat. Die Schulden sind befreit worden, und das Wehrministerium hat im Anschluß daran Anordnungen erlassen, die den bedauerlichen Entgleisungen künftig vorbeugen sollen. Die Herrsleitung ist darüber bestrebt gewesen, gegen Ungehörigkeiten einzuschreiten. Abg. v. Gallmiz (DN) bemängelte im Falle Erlangen das Eingreifen des Wehrministers als zu scharf, was aber von den übrigen Rednern zurückgewiesen wurde. Im Falle der blutigen Zusammenstöße in Königsberg anlässlich des Hindenburgbesuches, für die die Schule von der Truppe der Polizei und von der Polizei der Truppe zugeschoben wird, beschließt der Ausschuß, daß zunächst der Oberpräsident von Ostpreußen um ein Gutachten angegangen werden und der Berichterstatter an Ort und Stelle Vernehmungen vornehmen soll, wenn sich aus dem Gutachten keine Klärung ergibt. Die Parade vor Hindenburg hat sich im Rahmen der erlaubten Verordnungen des Kabinetts bewegt. — Einen breiteren Raum nahm auch der bekannte Fall Löwenfeld ein. Trotz eingehender Untersuchung durch den Oberrechtsanwalt, einen Heeresanwalt und den Berichterstatter kann nicht nachgewiesen werden, daß v. Löwenfeld in irgendwelcher Beziehung zu dem seinerzeit in der Presse bekanntgegebenen Lagebericht steht oder gar, daß er ihn erlassen hat. Gestellt ist nur einwandfrei, daß der Lagebericht vorhanden ist und zitiert ist. Als die Ernennung v. Löwenfelds zum Kommandanten des Kreuzers „Berlin“ erfolgte, war dem Wehrministerium über den ehemaligen Freikorpsführer nichts bekannt, was ihn als ungeeignet erscheinen ließ. Nachdem durch die Veröffentlichung unseres Kieler Parteiblattes Lagebericht und Rede Löwenfelds bekannt wurde, erfolgte an Hand der durch die Redaktion zur Verfügung gestellten Unhaltspunkte, u. a. auch Zeugen, eine sofortige neue gründliche Untersuchung, die aber nur das oben angegebene Ergebnis hatte. Der Ausschuß war deshalb nicht in der Lage, das Verhalten des Wehrministers bei der Ernennung des Kapitäns v. L. zum Kommandanten des Kreuzers „Berlin“ zu bemängeln. Auch in den übrigen Fällen billigte der Ausschuß das Vorgehen des Wehrministers.

Um die Devisenverordnung.

Der Reichswirtschaftsminister hatte am Sonntag nachmittag die verschiedensten Kreise des Wirtschaftslebens und der wirtschaftlichen Organisationen zu einer Besprechung darüber eingeladen, ob und inwiefern Änderungen der bestehenden Bestimmungen der Devisen-Notverordnung grundsätzlicher Art vorzunehmen seien werden, da er beachtigt, das Gesetz über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln mit den Verordnungen und nachträglich erlassenen Ausführungsverordnungen einheitlich zusammenzufassen. Der Zweck der Sitzung wurde durch die ausführliche Debatte etwas verschoben. Die Interessen, im besonderen die Vertreter der Banken, des Großhandels und anderer Unternehmer-Organisationen, stellten ihre ganze Art der Vorschläge auf die eine Fortsetzung ein, daß die Devisen-Notverordnung unbedingt und so bald als möglich restlos zu befehligen sei. Positive Vorschläge wurden nicht gemacht. Von Arbeitnehmerseite wurde verlangt, daß der Reichswirtschaftsminister, der sich durch den Ministerialdirektor Dr. Hüttenthal vertreten lass, die Sitzung nehe zu der grundätzlichen Seite der Frage, ob die Regierung gewillt sei, die Devisenverordnung aufzuheben. Dazu wurde erklärt, daß die Sitzung nur den Zweck haben solle, das seinerzeit versäumte Anhören von Sachverständigen nachzuholen. Auch der Hinweis, daß heute auch nur die Absicht einer Aufhebung der Devisen-Notverordnung innen- und außenpolitisch eine sehr große Gefahr in sich schließe, führte zu keiner Präzisierung des Standpunktes des Reichswirtschaftsministeriums. Das soll aber noch nachgeholt werden. Zuletzt beklagten sich einzelne Vertreter der Gegner der Devisen-Notverordnung zu dem Vorschlag, doch die Devisen-Notverordnung dahin abzuändern, daß der illegitime und der kleine Devisen- und Notenhandel endlich erfaßt werde. Selbstverständlich sei aber, daß der legale und ordnungsmäßige Großverkehr mit Devisen von allen Fesseln befreit werden müsse. Die Ausführungen waren alle von einem Grundsatze bestimmt: Man suchte, im eigenen Interesse und zugunsten der ruhigen Entwicklung der eigenen Geschäfte frei zu werden von den Fesseln, die die Devisen-Notverordnung angelegt hat, und man lehnte es auch unter allen Umständen ab, die Devisen-Notverordnung weiter auszubauen. Im besonderen wurde über die Schaffung einer weitbeständigen Linie und über die Maßnahmen, die in der jüngsten Reparationsnote erörtert worden sind, mit leichter Handbewegung hinweggegangen.

Das Gesamtresultat der Sitzung kann dahin zusammengefaßt werden, daß das Reichswirtschaftsministerium eine gewisse Neigung zeigt, den Arbeitnehmerwünschen in bezug auf die Umwandlung der Devisen-Notverordnung entgegenzukommen. Sie wird das vielleicht dadurch auszugleichen versuchen, daß sie den kleinen wilden Notenhandel und Wechselstaubetrieb erfaßt. Das würde bedeuten, daß man das Unmögliche zu verwirklichen sucht, nachdem das Mögliche nicht verwirklicht worden ist. Von Arbeitnehmerseite wurde besonders scharf darauf hingewiesen, daß es als ganz selbstverständlich betrachtet werde, daß die Reichsregierung auf der Basis ihrer feierlichen Erklärungen zur Reparationsnote weiter arbeite. Deswegen erscheine es ganz undenkbar, daß die Devisen-Notverordnung aufgehoben werde. Im Gegenteil müsse ein weiterer Ausbau im Sinne der in der Reparationsnote erwähnten Maßnahmen vorbereitet werden. Das sei schon deswegen notwendig, weil die Devisen-Notverordnung ein Gesetz sei, das im Interesse der Allgemeinheit geschaffen werden wäre.

Devisen-Kurse.

Berlin, 6. Dezember.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

5. Dezember. 4. Dezember.

Amsterdam	1 fl.	3336.63	3316.88
Brüssel (Antwerpen)	1 Frs.	536.15	540.14
Kristiania	1 Kr.	1556.10	1501.23
Kopenhagen	1 Kr.	1695.75	1655.85
Stockholm	1 Kr.	2254.35	2184.50
Helsingfors	1 finn. Mk.	205.48	206.48
Rom	1 Lire	416.45	406.98
London	1 £	87905.—	87057.10
New York	1 Doll.	8354.06	8829.12
Paris	1 Frs.	578.56	588.68
Zürich	1 Frs.	1361.08	1571.06
Madrid	1 Pesetas	1271.81	1274.30
Wien	100 Kr.	11.72	11.82
Prag	1 Kr.	262.34	262.84
Budapest	100 Kr.	3.61	3.59

Spätinghof.

Roman von Kurt von der Eider.

22. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Jan,“ hörte er plötzlich hinter sich eine helle Stimme. „Guten Tag, Jan!“ Es war Frauke.

„Ich war auf dem Kirchhof, Jan. Willst du zu uns?“

„Nein, o nein.“ Dunkle Blut überzog Jans Antlitz. Sollte er zum Kantor gehen und fragen, wen er heiraten sollte. Nein, das ging doch nicht gut an. Er konnte aber auch Frauke nicht deswegen befragen. Nein, wenn er sie fragen würde, ob sie die Seine werden wollte, das wäre etwas anderes. In dieser Sache aber mit Tine mußte er sich allein raten und helfen. Aber eine verstoßene Frauke forschte er doch an Frauke richten. Sie war ja klug, viel kluger als er; sie mußte viel leichter raten.

Frauke las aus Jans Mielen, daß nicht alles in Ordnung war. „Fehlt dir etwas?“ fragte sie.

„Ich nein,“ entgegnete Jan, noch verlegen. „Ich weiß bloß nicht, ich mein man — vielleicht — du sag mal, wenn du nicht weißt, was du tun sollst — wenn du wählen solltest zwischen dem, was dir die Pflicht gebietet und was dein Herz wünscht, was würdest du tun?“

„Aber Jan — die Pflicht geht doch über alles!“

Jan war erleichtert. „Ah, Frauke, du weißt nicht, was du mir räst.“

Frauke mochte wohl eine Ahnung aufdämmern; auch sie wurde blass. Sie drückte ihm die Hand. „Tu deine Pflicht, Jan,“ sagte sie leise, dann ging sie.

Jan sah ihr nach. Sein Blick hing an ihr, bis sie verschwunden war; er umfaßte ihre ganze Gestalt, die kleine, schlanke Gestalt, den zierlichen Hals, das lichte Haar. Und als sie verschwunden war, da war es ihm, als blüte er hinein in eine tiefe Zukunft. — Eine Woche später erfuhr Frauke, daß Jan eine Elaine, die hinterlassen Braut seines Bruders, heiraten würde. Von dieser Zeit an wurde Frauke noch ruhiger und gesüßer als früher; sie ließ aber nichts auf Jan kommen.

10.

Mehrere Jahre waren verflossen, seitdem Kinder in Spätinghof eingezogen waren. In Holzparkettböden und Umhängen war sie über die Schwelle getreten, das Bild einer armen verhängten Witfrau, aber eine kurze Zeit genügte, um dies Bild zu verwandeln. Wer die Frau jetzt Sonntags morgens in die Kirche gehen sah, im schwarzen Umhang mit Kapotthut, Strickgarn und großer Mütze, der hätte die arme Frau aus dem Deichsteine nicht wiedererkannt.

Auch im übrigen hatte sie sich vorteilhaft verändert. Ihre Gestalt war schöpfig, ihre Wangen waren voll und rosig geworden. Vom Jah ihr die guten Tage an; sie repräsentierte den Wohlstand auf Spätinghof.

In dieser Beziehung hatte ihr Jan vieles zu verdanken. Sie war die Seele des Hauses. Sehr rasch hatte sie sich in die Rolle der Herrin gefügt, die sie gewiß oft in Gedanken geübt hatte.

Spätinghof erhielt bald ein fremdländisches Aussehen. Weiße Gardinen, Tüppen mit blühenden Blumen zierten die Stubenfenster. Die Wände wurden mit hellen Tapeten tapiziert, die Dielen gefliest und geölt. Auf den Tüch, den zu Mamells Seiten ein braunes Wachstuch bedeckte, legte Amelie eine blonde Wollecke und streute eine schneeweisse Serviette darüber. Sofa und Kommode pustete sie mit gehäkelten Decken aus. So wurde Amelie der gute, freundliche Geist des älteren Hauses.

Aber sie rustete nicht. Sie sorgte dafür, daß nach der Hochzeit nicht ein einziges Mal. Als die Mutter es aber am nächsten Morgen aufnehmen wollte, da lag es blass und kalt in seiner Wiege, es war tot. Durch die veränderte fette Milch waren Krämpfe hervorgerufen worden; ein Herzschlag hatte dem jungen Leben ein Ende gemacht, als noch die Mutter in ihrem Bette nebenan in tiefem Schlummer lag.

Gestischlich schwer ward es Tine, sich in den plötzlichen Tod ihres Lieblings zu fühlen. Sie konnte es nicht fassen, daß das Kind, das sie noch am Tage vorher mit Tatschen Augen anschloß, hatte, nun die Augen für immer geschlossen hatte.

„Ein Herzschlag“, hatte Doktor Michelsen gesagt. „Die Milch ist schuld; sie war zu gut.“

Ein Herzschlag? War nicht Tat auch an einem Herzschlag gestorben? Sollte ein Kind an Milch, an reiner, guter Milch sterben können?

Solche Gedanken bewegten das Herz des jungen Welbes; ähnlich dachten auch die Leute im Dorfe.

„Der Vater hat das Kind nach sich gezogen,“ hieß es.

Tine verfiel mehr und mehr ins Grübeln. Dies war ein Erbe ihres Vaters, der auch den Fehler begeissen hatte, mehr zu denken und zu grübeln, als ihm gut war. Tines Schul- und Weltbildung war aber viel zu mangelhaft, als daß sie das Denken klarheit gebracht hätte, im Gegenteil, es verwirrte sie, machte sie schwermüdig und unsicher.

In mancher Stunde, wenn Spätinghof in tiefer Frieden lag, schloß der Schluß von ihr, und wenn sie dann morgens aufstand, zeugten dunkle Ränder unter ihren Augen von stillen inneren Qualen.

Fortsetzung folgt.

Bekleidung

Törber & Gößmann
Feine Maßschneiderei.
Fernruf 2119.
Mühlenstraße 92.

J. H. Pein Markt 10/12.
Breite Straße 64/68.
Beste Bezugsquelle für Manufakturwaren, Bettlen,
Bettfedern, Herren- und Knaben-Garderobe,
Arbeits- und Berufskleidung.

Arbeiter! Arbeitskleid, Kleien, Herren-
u. Jüngl.-Anzüge kauft man
am besten bei **C. Peter**, Glockengießerstr. 81.

F. A. Müller Leinen — Wäsche
Büten
Braut- und Kinder-Ausstattungen.

Heinrich Waller Breite
Straße 60
Herrenartikel, Wäsche, Krawatten, Handschuhe,
Hüte.

Ernst Wehde Herrenartikel.
Beckergrube 33.

Hut-Richter Breite Straße 20
Hüxstraße 44.
Fernruf 8448. Größte Auswahl. Billigste Preise.



Lübeck
Breite Straße 83.

Reserviert für
Franzen & Co., Holstenstr. 21.
Herrenartikel.

J. H. Evers Tuchhandlung.
Beste Bezugsquelle
für Tuche. Anzugstoffe, Paletot- u. Hosenstoffe.
Lieferung auch durch sämtliche Schneidermeister.

Berta Döhrmann Nchf. Holstenstraße 18/19.
Spezialhaus für Putz und Modewaren.

Emma Rösch Johannisstraße 1, L
Sämtl. Neuheiten
in Hüten, auch Duvetine und Leder sind einge-
troffen. Solide Preise.

D. Wagner Damen- u. Kinderputz
Holstenstraße 8.

Carl Ritter gegründet 1801.
Spezialhaus I. Basatz-
artikel. Fernruf 8878. Breite Straße 26.

Handarbeiten modern, geschmackvoll
und preiswert kaufen Sie im Handarbeitsgeschäft
Hausz. Fernruf 8888. Obere Wahlenstraße 1.

Richard Haase Breite
Straße 37.
Fernruf 8890. Pelzwaren.

Gebr. Mirschfeld Breite Str. 33/41.
Telephon 106.
Modenhaus für Damen- und Kinderkonfektion.

struve & Baumeister Damenkonfektion und Kleiderstoffe, Manufak-
turen. Breite Straße 55.

August Haerder & Co. Lübeck. Damen- und Herren-Bekleidung.
Seiden- und Kleiderstoffe. Baumwollwaren.

Joh. Holst m. A. Lüders Härtestraße 55. Manufaktur- und Kurzwaren.

Karl Zegelin Johannisstraße 11.
Unterzeuge u. Stumpf-
waren. Reichenberger wsw.

Friedrich Rehner, Härtestraße 9. Fernr. 2922.
Feine Herren-Maß-Schneiderei. Lager in und
ausländischer Stoffe.

W. Ramb Johannisstraße 16.
Korsos jeder Art.
Favorit, M. A. Kars Joh. Rudeck 7. Schnei-
derei. Reitung, Parkett,
Stoffwaren, ausl. Preis-
Angebote v. Anfang Jo-
hannist. 7. I. Michael.

C. G. Torkohl Pfeilstrasse 12. Wasche-
zubehör. Herren-Artikel.

Karl Frosch, Apel-
dienst. 52. An- u. Ver-
kauf. Kleidungs-, Fuß-,
Wäsche und Bettwaren.

J. U. Kröger Gag. 172.
Fernruf 1.
Travestriebe, Tortstraße 1. Kolonialwaren, Bräu-
weisen.

J. Rickman, Travemünde Fernruf 118. Rosengartenstraße 69/71.
Kolonialwaren u. Brennmaterialien.

Ernst Bole, Versicherungen aller Art.

Otto Longuet Übernahme v.
Fahrleistungen
jeder Art. Fernruf 2945. Denkwerkstraße 18/19.

Geschaftliche Rundschau und Zeitungs-Dauer-Fahrplan

Bruno Soltmann Fleischhauerstr. 31. Kon-
ditorei u. Kuchenbäckerei

F. Kloezen, Königstraße 65/67.
Möbel u. Dekorationen.

Boldts Möbellager Herren-, Speise-, Schlafzimmer und Küchen-
einrichtungen. Fischergrube 25/27.

Johann Pamperin Inh. Hermann Bülow. Moderne Inneneinrich-
tungen. Lübeck, Fernspr. 8688, Mühlenstr. 47.

**Lübecker Stahlfeder-
Matratzen-Fabrik** Carl Mühlke jr.
Fernruf 3282. Hundestraße 54.

Carl Folkers Wohnungs-
Aussattungsgeschäft.
Marlesgrube 29/30 und 28/32. Fernruf 2734.

Karl A. F. Westphal Spezialgeschäft für Teppiche, Gardinen, Möbel-
stoffe usw. Untertrave 114/15, I., Ecke Holstenstr.

Eugen Zangerl Tapetenlager Breite Straße 58, I.

Ludwig Möller Mühlen-
straße 45. Kunsthändlung, Kunstausstellung, Rahmenfabrik.

Gebrüder Heick Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 851. Gegr. 1876.
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für
Innendekoration.

Rehm, Beckergrube
18. Fernsprecher 3601.

Friedr. Matz Inhaber Paul
Engelbrecht. Tapeten- und Teppich-Lager. Innendekoration.
Lübeck, Breite Straße 14. Fernsprecher 9076.
Gegründet 1808.

Gebrüder Heick Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 851. Gegr. 1876.
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für
Innendekoration.

Gebrüder Heick Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 851. Gegr. 1876.
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für
Innendekoration.

Gebrüder Heick Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 851. Gegr. 1876.
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für
Innendekoration.

Gebrüder Heick Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 851. Gegr. 1876.
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für
Innendekoration.

Gebrüder Heick Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 851. Gegr. 1876.
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für
Innendekoration.

Gebrüder Heick Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 851. Gegr. 1876.
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für
Innendekoration.

Gebrüder Heick Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 851. Gegr. 1876.
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für
Innendekoration.

Gebrüder Heick Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 851. Gegr. 1876.
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für
Innendekoration.

Gebrüder Heick Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 851. Gegr. 1876.
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für
Innendekoration.

Gebrüder Heick Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 851. Gegr. 1876.
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für
Innendekoration.

Gebrüder Heick Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 851. Gegr. 1876.
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für
Innendekoration.

Gebrüder Heick Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 851. Gegr. 1876.
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für
Innendekoration.

Gebrüder Heick Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 851. Gegr. 1876.
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für
Innendekoration.

Gebrüder Heick Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 851. Gegr. 1876.
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für
Innendekoration.

Gebrüder Heick Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 851. Gegr. 1876.
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für
Innendekoration.

Gebrüder Heick Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 851. Gegr. 1876.
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für
Innendekoration.

Gebrüder Heick Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 851. Gegr. 1876.
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für
Innendekoration.

Gebrüder Heick Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 851. Gegr. 1876.
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für
Innendekoration.

Gebrüder Heick Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 851. Gegr. 1876.
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für
Innendekoration.

Gebrüder Heick Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 851. Gegr. 1876.
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für
Innendekoration.

Gebrüder Heick Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 851. Gegr. 1876.
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für
Innendekoration.

Gebrüder Heick Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 851. Gegr. 1876.
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für
Innendekoration.

Gebrüder Heick Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 851. Gegr. 1876.
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für
Innendekoration.

Gebrüder Heick Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 851. Gegr. 1876.
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für
Innendekoration.

Gebrüder Heick Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 851. Gegr. 1876.
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für
Innendekoration.

Gebrüder Heick Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 851. Gegr. 1876.
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für
Innendekoration.

Gebrüder Heick Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 851. Gegr. 1876.
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für
Innendekoration.

Gebrüder Heick Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 851. Gegr. 1876.
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für
Innendekoration.

Gebrüder Heick Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 851. Gegr. 1876.
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für
Innendekoration.

Gebrüder Heick Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 851. Gegr. 1876.
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für
Innendekoration.

Gebrüder Heick Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 851. Gegr. 1876.
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für
Innendekoration.

Gebrüder Heick Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 851. Gegr. 1876.
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für
Innendekoration.

Gebrüder Heick Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 851. Gegr. 1876.
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für
Innendekoration.

Gebrüder Heick Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 851. Gegr. 1876.
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für
Innendekoration.

Gebrüder Heick Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 851. Gegr. 1876.
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für
Innendekoration.

Gebrüder Heick Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 851. Gegr. 1876.
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für
Innendekoration.

Gebrüder Heick Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 851. Gegr. 1876.
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für
Innendekoration.

Gebrüder Heick Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 851. Gegr. 1876.
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für
Innendekoration.

Gebrüder Heick Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 851. Gegr. 1876.
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für
Innendekoration.

Gebrüder Heick Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 851. Gegr. 1876.
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für
Innendekoration.

Gebrüder Heick Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 851. Gegr. 1876.
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für
Innendekoration.

Gebrüder Heick Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 851. Gegr. 1876.
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für
Innendekoration.

Gebrüder Heick Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 851. Gegr. 1876.
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für
Innendekoration.

Gebrüder Heick Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 851. Gegr. 1876.
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für
Innendekoration.

Gebrüder Heick Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 851. Gegr. 1876.
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für
Innendekoration.

Gebrüder Heick Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 851. Gegr. 1876.
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für
Innendekoration.

Gebrüder Heick Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 851. Gegr. 1876.
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für
Innendekoration.

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 6. Dezember.

Unseren verehrten Postabonnenten müssen wir mitteilen, daß der "Lübecker Volksbote" nur dann nach dem 10. Dezember weiter geliefert werden kann, wenn die Nachzahlung von November = 80,- M. und von Dezember = 280,- M. bis zum obigen Datum bei der Geschäftsstelle des Volksboten, Lübeck, Johannisstraße 46, eingegangen ist. Die Säumigen haben noch einige Tage Frist.

Sozialdemokratischer Vertrag.

In der Mitgliederversammlung am Dienstag referierte Parteisekretär Genosse Weiß über die politische Lage. Er erinnerte eingangs seiner Ausführungen an die fortwährende Konzentration des Kapitals und dessen Streben nach politischer Machterweiterung. Mit diesem Bestreben hing auch die letzte Regierungskrise zusammen. Dann behandelte der Redner die veränderte innere Struktur der Zentrum und demokratischen Partei, welch letztere auch durch die Abdieberung an die Volkspartei dem Untergang entgegengesetzt. Die Koalitionsfrage sowie die Stellung zur Regierung Cuno seitens hervorragender Parteigenossen wurde eingehend gewürdigt und darauf hingewiesen, daß unvorhergesehene rätsche Entscheidung verlangende Situationen ständig im Bereiche des Möglichen liegen. Die soziale Regierung der Arbeit und der Tat werde in wenigen Wochen die Grenze ihres Wirkens an den wirtschaftlichen Tatsachen erkennen, da die maßgebenden Wirtschaftskräfte sehr wenig Interesse an einer energetischen Wertstabilisierung hätten. Um für alles Unvorhergesehene gewappnet zu sein, sei eine Stärkung unserer Kampfmittel ebenso notwendig wie das Vertrauen zu den maßgebenden Führern unserer Partei. Nach einem Hinweis auf die verdeckliche deutsch-nationalen und deutsch-faschistische Agitation, die uns innen- wie außenpolitisch nur Erhöhlungen bringt, streift der Redner zum Schluß einige Fragen in unserem Lübecker Tätigkeitsbereich, wobei die lächerliche Rolle der bürgerlichen Bürgerschaftstraitoren gebührend beleuchtet wurde. Auch das sonderbare Verhalten einiger Bureaubeamten wurde gezeigt. Diese glaubten einen beiderdeinen Streit gegen die Partei zu führen, indem sie diese dafür verantwortlich mache, daß die ungeteilte Dienstzeit nicht durchgeführt worden sei. Deshalb schaffte sie unserer Partei den Rücken. Genosse Weiß betonte, daß derartige Forderungen durchzuführen nicht Sache der Partei, sondern der wirtschaftlichen Organisationen sei.

Eine kurze Aussprache knüpfte sich an den Antrag über die Erhöhung der Parteibeiträge. Der Vorsitzende Genosse Paul Lönig verteidigte auf die Geldentwertung, deren Folgen sich auch an unseren Finanzen fühlbar machen. Der Parteiausatz habe als Grundlage des Monatsbeitrages einen Stundenlohn empfohlen. Mit der Festsetzung der Beiträge habe sich auch der Bezirksvorstand beschäftigt. Er empfahl einen Mindestwochenbeitrag von 20,- M. für männliche Mitglieder und 8,- M. für weibliche. Lübeck bleibe mit diesen Sätzen mit an der untersten Stelle. Der Vorschlag des Vorstandes wurde einstimmig angenommen. — Beiflossen wurde, wie alljährlich eine Sitzung erster im Gewerkschaftshaus abzuhalten. Eine Kommission erledigt die Vorbereitungen.

Ortsausschuß und Betriebsräte.

In einer gemeinsamen Versammlung der Gewerkschaftsvorstände des A. D. G. B., des Pfadfindes und sämtlicher Betriebsräte am Montag wurde Stellung genommen zu der Deutschen Notgemeinschaft. Genosse Dr. eger eröffnete einleitend Bericht über den Stand der Notgemeinschaft hier in Lübeck und trat warm für eine Beteiligung der Arbeitnehmerschaft ein. Der Redner betonte, daß bei der Beurteilung der Notgemeinschaft jedes politische Element auszuschließen habe. Auch damit sei den vorliegenden Bevölkerungsschichten, die keinem Erwerb mehr nachgehen könnten, nicht gedient, wenn man ihnen den Rat gebe, sie sollten sich von deiner Hilfe holen, die diese Not verschuldet haben. Genosse Dr. eger forderte die Vorstände und Betriebsräte auf, sich in einem angemessenen Verhältnis, entsprechend der wirtschaftlichen Lage der Arbeitnehmerschaft, an der Notgemeinschaft beteiligen. Redner gibt noch bekannt, daß damit die besondere Sammlung für die produktive Arbeitsfürsorge aufzuhören, und diese in die Deutsche Notgemeinschaft eingegliedert wird. Einen Antrag des Erwerbslosen beim Wohlfahrtsamt um Genehmigung einer Sammlung zugunsten der Erwerbslosen, empfiehlt der Redner für erledigt zu betrachten, wenn die Versammlung sich für die Beteiligung an der Notgemeinschaft ausspricht. Die Erwerbslosen seien in diesem Falle mit aus den Mitteln der Notgemeinschaft zu bedenken. Berücksichtigt sollen auf Grund des Schreibens des Erwerbslosenrates aber nur wirklich Bedürftige werden. Die Aussprache über die Notgemeinschaft war sehr rege. Alle Momente für und gegen eine Beteiligung wurden, der ersten Angelegenheiten entsprechend, eingehend besprochen. Gegen ganz wenige Stimmen wurde von der sehr gut besuchten Versammlung der Funktionäre der Lübecker Arbeitnehmerschaft beschlossen, zunächst für die Monate Dezember und Januar pro Arbeitnehmer und Monat einen Stundenlohn für die Notgemeinschaft abzuführen. Dieser Beschluss soll von den Betriebsvertretungen den Arbeitgebern mitgeteilt, und diese erfüllt werden, je nach Vereinbarungen die Maßnahmen entweder einmal oder verteilt auf die einzelnen Lohnwochen des Monats abgezogen werden. Weiterhin verpflichtet der angenommene Antrag die Betriebsräte, die Kontrolle über die Abführung dieses Betrages vorzunehmen. Die Betriebsvertretungen haben über die Beiträge der Arbeitnehmer Quittungen durch die Arbeitgeber in Empfang zu nehmen. Um eine enge Führungnahme mit den Vertretern der Arbeitnehmer in dem Ausschuß der Notgemeinschaft herbeizuführen, wurde ein Ausschuß von sieben Personen gewählt. Diesem Ausschuß gehören an die Genossen Heiden, Ahrens, Klügmann, Schramm, Freiherr, Müller und die Genossin Tiedow. Beiflossen wurde ferner, den Antrag der Erwerbslosen an das Arbeitsamt als erledigt anzusehen. Dagegen wurden die Vertreter der Arbeitnehmer in der Notgemeinschaft verpflichtet dafür zu sorgen, daß den bedürftigen Erwerbslosen aus Mitteln der Notgemeinschaft Hilfe gegeben wird.

Einstimmig wurde sodann einer Resolution des Holzarbeiterverbandes zugestimmt, der den streikenden Hafenarbeiter in ihrem Kampfe die Sympathie und Hilfe der Funktionäre der Lübecker Arbeiterbewegung sicher.

Wohnungsbaubauabgabe.

Die Abgaben zur Förderung des Wohnungsbaues sind ungeliebt. Auch in Lübeck. Und doch sind diese Abgaben zur Verbesserung der weiter um sich greifenden Wohnungsnot nicht zu vermeiden. Da ist es interessant auch die Stellung maßgebender Genossen im Reiche hierzu kennen zu lernen. So schlägt Genosse Bruno Ullrich (Oberbürgermeister in Höchst) in der soeben erschienenen Sonderausgabe der "Kommunalen Propstei" für Sied-

lungs- und Wohnungswesen die Umwidmung der Mietsteuer (Wohnungsbaubauabgabe) in eine Gemeindesteuer vor. Den Gemeinden soll die Berechtigung gegeben werden, Mietsteuern von Personen zu erheben, die in Häusern wohnen, die vor 1919 gebaut sind. Für diese Gemeindesteuer könnte der Reichstag bestehende Normen erlassen, in der Art, daß die Gemeinden eine nach dem Einkommen abgestufte, das jeweilige nicht zu niedrig bemessene Einkommensmindest vollständig freilassende Steuer einheben, die von den Besitzenden oder über große Einkommen verfügenden Personen einen großen Teil der Differenz einzahlt, die sich aus der von ihnen bezahlten Miete und den sich bei freier Wirtschaft ergebenden Mietfächern errechnet läuft.

Es ist bemerkenswert, wenn der bis Nürnberg der USP angehörige Genosse, eindringlich daran warnt, uns etwa durch die Unbeliebtheit der Wohnungsabgabe inmitten eines grauenhaften Wohnungsgeläufes zu einem Stillstand der Bautätigkeit verurteilen zu lassen. Jägerer: „Danüber, daß ein Erfolg nur möglich ist, wenn gleichzeitig die produktionstechnische Seite der Angelegenheit im Sinne einer Wirtschaftsförderung und Preisüberwachung aufgerollt wird, dürfte nach den Erfahrungen der letzten Jahre in unseren Kreisen wohl kein Zweifel mehr bestehen. Dringend notwendig ist es aber auch, daß wir es wagen, der Arbeiterschaft in dieser Frage die volle Wahlfreiheit zu sagen und daß wir endlich den Finger auf die Wunde legen, die eine Fortsetzung der bisherigen Wohnungspolitik der deutschen Volkswirtschaft zu schlagen droht.“

Wie das Mehl versteuert wird.

Wir lesen im "Hamburger Echo" folgenden Artikel über den alten ehlichen Handel: Die Mehlhandlung B. in Lübeck ließ einen Waggon Weizenmehl zu 100 Sack zu 100 Kilogramm nach hier rollen. Der Frachtwert war auf die Firma We., Fischerwerksfabrik in Altona, ausgestellt. Der Waggon traf am 6. November auf dem hiesigen Bahnhof ein und stand dort fast 14 Tage, ohne daß entlaste Arbeiten getroffen worden wären, das Mehl dem Verbrauch zuzuführen. Das Bucheramt erfuhr nun von diesem zweiflos auf dem Bahngelände stehenden Mehlewagen und beschlagnahmte die Ware, da es als unwirtschaftlich angesehen werden muß durch eine derartige Verzögerung in der Abnahme dem Verbraucher schließlich mit auszubüren.

Das vom Bucheramt eingeleitete Strafverfahren ergab nun, daß eine ganze Reihe hiesiger Firmen Besitzer des Mehls gewesen waren. Die Firma Berno S., Inhaber Bernian H. hatte das Mehl am 7. Oktober aus Lübeck zum Preise von 144,- Mark das Kilogramm bezogen und es am 9. Oktober für 154,- Mark an den Kaufmann Hellmuth L., Grabenstraße, verkauft. Um gleichzeitig noch ging das Mehl weiter an die Firma B. & G. Neue Gründerstrasse, folgte fest aber schon 168,- Mark das Kilogramm. Dann übernahm am nächsten Tage die Handelsgesellschaft K., Geschäftsführer K. Bensendorff, für 175,- Mark das Kilogramm das Gesamtquantum und verkaufte es am 23. Oktober für 260,- Mark das Kilogramm an eine Lebensmittelvertriebsgesellschaft, Geschäftsführer A. Chr. Steinböck. Von hier wurde das Mehl am 24. Oktober von E. R., Heinrichstraße, für 298,- Mark das Kilogramm übernommen, um dann am 3. November an den Großhändler We. in Altona für den Preis von 310,- Mark das Kilogramm weitergegeben zu werden. Angeblich sollte es nun endlich in den Kleinhändel kommen. Das Bucheramt aber unterbrach nun durch seine Nachforschungen den Gang der Weiterveräußerung. Das Mehl war bereits um das Doppelte hochgetrieben worden und mit 7500,- Mark Eisenbahngeschülen belastet. Staatsanwaltschaft und Gericht haben jetzt die Beleidigung bestätigt, so daß das Mehl endlich dem Verbraucher zu annehmbaren Preisen zugeführt werden konnte. Der Erlös von 2½ Millionen Mark wird einstweilen bis zum Ausgang des Prozesses zur Verfügung der Staatsfalle verbleiben.

Scharfes Anzeichen der Inflation.

Nach den Berechnungen der "Frankfurter Zeitung" hatten die Großhandelspreise von 98 Waren am Anfang Dezember den 166-fachen Kriegsstand erreicht und sich damit gegen Anfang vorigen Monats um 77% verteuert. Besonders auffallend ist aber, daß die industriellen Fertigwaren sich im letzten Monat ganz bedeutend stärker verteuert und fast verdoppelt haben. Sie wurden aus dem 118-fachen Vorkriegsstand ermittelt, bleiben somit hinter der allgemeinen Erzeugung noch um rund ein Drittel zurück — eine Folge der niedrigen Löhne! —, waren aber am Anfang November erst auf dem 57-fachen Vorkriegsstand. Die Goldmarkflutierung der Industrie hatte also zur Folge, daß die Preise von Fabrikationsläden, die im Hinsicht auf die niedrigen Löhne bedeutend billiger sein müssten als Auslandsmärkte, sich jetzt wieder rasch der allgemeinen Erzeugung anpassen. Die Lähmung der Kaufkraft des breiten Volkes, das ohnehin unter der starken Lebensmittelsteuerung zu leiden hat, ist das Ergebnis dieser Entwicklung.

In der letzten Bürgerschaftssitzung wurden folgende Anträge ohne oder mit unwesentlicher Debatte angenommen: Aufnahme von Anteilen, Bewilligung von Mitteln zur Einführung von Spülabarten, Änderung des Gesetzes, betreffend die Handelssteuer, Aufhebung des Gesetzes vom 1. Februar 1911 wegen Ausdehnung der Landgemeindeordnung auf das Gesamtgut Weizenrode, Erhöhung der Aufwandsentschädigung für die Bürgerschaftsmitglieder, Vortragskurse für Beamte des mittleren Verwaltungsdienstes und Bureauangestellte. Gemäßigung einer Altersunterstützung an die Witwe des Lehrers Karl Brodmann, Erhöhung der Ruhegehalte für Dr. Hoffmeyer, Prof. Dr. Pouli und Dr. Gagow, Schulosten der Lübecker Landgemeinde Krümmeke, Sicherheitsmaßnahmen bei Feuergefahr in der Villa der Ernestinenschule. Wiederholter Antrag des Senates, betreffend Abkauf und Aufbau eines Gewächshauses für die Friedhofsbekleide. Weitergewährung der hinterbliebenen Renten an die Witwe des Lehrers Oscar Meyer, Gemäßigung einer Altersunterstützung an die Witwe des Apothekers Kampff.

Gaspreis 125,- Mark. Von der Betriebsbehörde wird uns geschrieben: Die für den November gültigen Preise für Gas, Strom und Wasser beruhen auf den Kohlenspreisen und Frachtlöhnen zu Anfang November. Zwischenzeitlich war mit Wirkung vom 1. November bereits eine ganz wesentliche Kohlenspreissteigerung, nämlich von circa 70%, eingetreten. Hinzu kam, daß ab 1. Dezember d. J. die Frachtlöhne um 150% erhöht wurden. Diese Frachtlöhnerhöhung allein bedeutet eine Mehrausgabe für die Tonne Kohlen von rund 7500,- M. Eine weitere Kohlenspreissteigerung mit rund 6000,- M. die Tonne ist ab 1. Dezember eingetreten. Die Werte müssen daher für den Monat Dezember rund das Zweihalfache des Kohlenspreises von Anfang November zahlen. In ähnlichem Verhältnis sind auch die übrigen Ausgaben gestiegen. Die neuen Preise basieren auf den bereits seit längerer Zeit geschlossenen Kohlenschlüssen. Die Preiserhöhung wird sicher nur zuerst schwer von der Abnehmerseite getragen werden können, ist aber unumgänglich notwendig, um die Werte vor dem

finanziellen Zusammenbruch zu schützen. Vergleichspreise für den Monat Dezember von anderen Werken liegen zurzeit nicht vor. Berücksichtigt man aber, daß bereits seit etwa dem 16. November ohne die Frachtlöhnerhöhung die Gaspreise in Hamburg 85,- Mark und die Lichtpreise 200,- M. betragen, so kann wohl die Erwartung ausgesprochen werden, daß die Preise in anderen Städten nunmehr diejenigen Lübecks bald überholen werden. Zurzeit kann festgestellt werden, daß die Kohlenpreise für die Werte in Lübeck mindestens um das 2160fache des Friedensreiches gestiegen sind gegenüber einer 960fachen Steigerung der Gaspreise, einer 670fachen Steigerung der Lichtstrompreise, einer 1000fachen Steigerung der Kraftstrompreise und einer 730fachen Steigerung der Wasserpreise.

Ein Zentner Koks 3250,- Mark!!! Eine weitere Erhöhung der Brennstoffpreise tritt, wie aus einer Bekanntmachung des Landesversorgungsamts ersichtlich, mit dem 7. Dezember in Kraft. Die Heraufsetzung der Preise ist im wesentlichen durch die etwa 60prozentige Erhöhung der Gaspreise und die 150prozentige Erhöhung der Frachten erforderlich geworden. Ebenso sind die Löhne und die Betriebsuntersetzung — hier im wesentlichen die Fuhrkosten — der Geldentwertung entsprechend gestiegen.

Deutsche Butter nach Amerika? Nachdem erst kürzlich Blätter über den Versand deutscher Butter nach England berichtet, kommt aus derselben Quelle folgende Nachricht: Durch das große Loch im Westen kann immer noch deutsche Butter nach England kommen, bis es in der Auflösung der Vereinigten Schleswig-Holsteinischen Meiereivereinbände. Wie kommt es aber, daß Sonnabend, den 5. November, auf dem Damper "Orbita" 900 Fahrt Butter mit Aufschub bewilligt für Amerika in Hamburg verladen wurden? 100 Fahrt mussten wegen Plakmangels entstehen. Welche Antwort hat man hierfür? Erwähnt sei noch, daß auswärts Butter im Billardhafen (Hamburger Freihafen in Amerika) verladen wird. Die Angelegenheit bedarf dringend der Auflösung. — Das meinen wir auch. Da wir diese Nachricht aus zweiter und zwar einer agrarisch freundlich gesinnten Quelle beziehen, scheint man auch in jenen Kreisen nichts für unmöglich zu halten. Wir wissen längst, daß die Profitabilität von Erzeuger und Handel keine Grenzen kennt, auch wenn Tausende von Müttern hungernde Kinder in den Armen tragen. Beim Geldsack hört Patriotismus auf, und auch die Kritik verkrümmt oder kapitalistische Ehrlichkeit schweigt, wie z. B. in der Deutschen Tageszeitung, die berichtet, daß im befreiten Gebiet eine Pariser Käsefabrik ihre Fabrikate aus deutscher Milch herstellt. Sowohl wurden die deutschen Bauern durch die Internationalisierte Kommission gezwungen, Milch weiterzuliefern, aber sie scheinen es ungern zu tun, da die Lieferung sehr reichlich ist. Das ist um so bezeichnender, als die Kühe sofort sterben, wenn höhere Preise nicht bewilligt werden. Kein Wort des Tadelns kennt die agrarische Presse an die gotvergeßenen und vaterlandslos handelnden Milchbauern. Kein Wort der Ermahnung, doch sich stets prahlreich zur Schau getragenen Deutschums zu erinnern und dementsprechend auch zu handeln. Nichts von alledem. Geld steht ja nicht. Ihm sieht man es ja nicht an, daß Tausende von Menschenleben, die Gesundheit der deutschen Kinderwelt daran klebt. — Vaterlandslose Gesellen!

Schiessensprung in der Birkenstrasse. In dem Lohnstreit in der Birkenstrasse, Gruppe Elbe, Oder, Märkische Wasserstraßen, hat ein Sonderabschlagsauszug im Reichsarbeitsministerium die bisher bei der Gruppe Elbe geltenden Löhne und Vergütungen für Sonntagsarbeit, Nachtarbeit und Nebentunden für die Zeit vom 1. bis 15. Dezember um 50 Prozent, vom 16. bis 31. Dezember um 60 Prozent erhöht. Für die Gruppe Oder vermindern sich die Löhne um wöchentlich 350,- Mark für die Zeit vom 16. bis 31. Dezember. Für die Gruppe Märkische Wasserstraßen gelten die für die Gruppe Elbe festgelegten Löhne mit einer wöchentlichen Kürzung von 400,- Mark bzw. 350,- Mark.

Bahnverkehrsbesperre für Lübeck. Trotz der Wagenladungsbesperre, die von der Lübeck-Büchener Bahn am 20. November ausgesprochen ist, sind auch weiterhin so große Gütermengen auf Lübeck abgeleitet und im Zulauf, daß die Bahn sich genötigt gezeigt hat, unterm 4. d. M. Lübeck bis auf weiteres für die Annahme aller Art Wagenladungen zu sperren. Hierzu erfahren wir, daß nach wie vor seitens des diesigen Verkehrsburkates der Lübeck-Büchener Bahn Zulassungserneuerung durch Unterstempelung der vorliegenden Frachtbriefe erteilt wird, sofern die hiesigen Empfänger glaubhaft machen können, daß sie in der Lage sind, die hier eintreffenden Wagen sofort zu entladen.

Beamten-Distrikte. Im Laufe der Sommermonate hat die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten und Angestellten das Stadtgebiet Lübeck auch in Distrikte eingeteilt. Der Erfolg ist nicht ausgeblichen. Der Zusammenschluß und die Schulung des parteigünstigen Beamtenstums der Angestellten ist dadurch in vorzügliche Bahnen geführt worden. Die Versammlungen sind äußerst gut besucht und belebt. Eine am letzten Montag stattgefundenen Versammlung konnte des reichhaltigen Stoffes wegen nicht zu Ende geführt werden. Die Fortsetzung ist auf den 12. Dezember beschlossen worden. Allgemein kann man feststellen, daß das Interesse für die Politik und für die Parteiarbeit innerhalb der Asba gut und gehandelt ist und daß sich durch solche überzeugende Arbeit immer mehr Beamte und Angestellte um unser siegende Banne wenden.

Zahl der Kraftfahrzeuge in Lübeck. Am 1. Juli d. Js. wurden hier in Lübeck 374 Kraftfahrzeuge gefährt, darunter 182 Personenkraftwagen, 128 Großkraftwagen und 64 Lastwagen. Gegenüber dem gleichen Zeitraum 1921 hat ihre Zahl sich um 63 oder 20,8 Prozent gehoben.

Die Krankenpflegerinnen haben ihre Säcke wie folgt erhöht: Tagespflege 500—700,- M., Tag- und Nachtpflege 500—750,- M., Nachtpflege 800—1000,- M., Stundenpflege 100—150,- M.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Volksschule. Beide Kurse Dr. Leber fallen am Donnerstag dieser Woche aus und werden auf Freitag, 8. Dezember, verlegt.

Stadttheater. Am Donnerstag Gesamtspiel des Hamburger Schauspielhauses: "Der Vater" von Aug. Strindberg, Freitag zum erstenmal für Lübeck die musikalische Komödie von Wolff-Heerari: "Die neugierigen Frauen". — In Vorbereitung befindet sich das Weihnachtsmärchen: "Prinzchen, du kommst".

Hanso-Theater. Heute, Mittwoch, 7½ Uhr, Erstaufführung des aktuellen Operettentheaters "Familie Raaff".

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Wucher mit Kleidungsstücke. Gegen den Kaufmann G. lag beim Bucheramt eine Anzeige vor, wonach G. aus seiner hiesigen Filiale Stiefel, Mäntel und Blöße aus dem Verkauf zurückgezogen und konstatiert zwecks Erzielung eines höheren Gewinnes zurückgehalten hat. Die Beamten des Bucheramtes beißigten Schriftstücke, in denen die Filiale angewiesen wurde, bestimmte Waren nicht zu verkaufen. Es wurde

herner festgestellt, daß G. Lodenmäntel, die er mit 575, 600 und 1700 M pro Stück eingekauft hatte, heute mit 35 000 M verkauft, ohne daß ein neuer Einkauf nachgewiesen werden konnte. Kleidungsstücke, die seinerzeit als „Beuteware“ zu einem vorgeschriebenen Preis an die Bevölkerung abgegeben werden sollten, waren jetzt noch vorhanden und wurden zu hohen Preisen verkauft. Beschlagnahmt wurden 253 Paar Stiefel, 52 Kamelhaarlobenmäntel, Peperiten und Wölche. Da in der Anzeige behauptet war, daß G. vor einiger Zeit in Lübeck Bekleidungsstücke durch Angestellte aus einem Detailgeschäft habe aufkaufen lassen, waren in Lübeck weitere Ermittlungen erforderlich.

Hörburg. Zwei Todesopfer der Arbeit. In der Textilia in Hörburg waren am Sonnabend zwei Lappenschmiede damit beschäftigt, in einem Destillierapparat autogen zu schweißen. Möglicherweise entstand in dem Destillierapparat, in dem die Leute sich befanden, Feuer. Beide wurden verbrannt. Der eine kam leichter, so brennend aus dem Kaminloch heraus. Man brachte ihn in das Krankenhaus, wo er aber schon am Nachmittag gestorben ist. Der andere stand schon bei dem Unglück seinen Tod.

Velzer. Zigeuner erschlagen. Am Sonnabend nachmittag trafen in Elchede, vom Markt in Velzen kommend, 13 Wagen mit Zigeunern ein. Zwischen den Zigeunern und den Frauen dieser Wagen, die verschiedenen Lagern entstammen, entspann sich bald nach ihrer Ankunft in Elchede in einem Wirtschaftshaus eine blutige Schlägerei und Schießerei. Es gab zahlreiche Verwundete, auch unter den Frauen und Mädchen. Keine Fensterseite der Wirtschaft blieb hell. Stühle und Gläser wurden zerstochen. Ein Bergmann Müller, der mit der Sache nichts zu tun hatte, erhielt durch eine verirrte Kugel einen schweren Brustschuß; ebenso wurde ein Zigeunermeister in die Brust getroffen; beide wurden in das Krankenhaus in Celle gebracht. Die in Elchede stationierten Landstädter konnten der mehrere Stunden dauernden Schlacht nicht Einhalt tun. Erst nachdem die Feuerwehr alarmiert und 11 Landjäger telegraphisch herbeigerufen waren, konnte Ruhe hergestellt werden. Zwölf der Beteiligten sind dem Gefängnis in Celle überführt worden.

Amtlicher Teil.

Höchstpreise für Brennstoffe.

Ab 1. Dezember 1922: (10278)

15 Bagger	Frei Haus	10278
der 1 Zentner		
Kartoffel, ungefroren	Mt. 810,-	Mt. 925,-
Brotkörse, über 50 mm	825,-	940,-
Unkrautflocken	920,-	1035,-
Unihazeln-Gefüllteflocken	945,-	1060,-
Brotkörse-Gefüllte oder	960,-	1075,-
Fruchtkörse	1890,-	2040,-
Butterflocken	2750,-	3900,-
Steinkohlen-Gefüllte	3455,-	3635,-
Grubekörse	2100,-	2250,-

Lübeck, den 5. Dezember 1922.

Das Landesversorgungsamt.

Das Konkursverfahren Henry Pumpe in Lübeck wird nach rechtssicherer Bekanntigung des Branchevergleichs vom 10. 11. 22 aufgehoben.
Lübeck, den 2. Dezember 1922. (10274)

Das Amtsgericht, Abt. 2.

Belanntmachung.

Die liegenden Kaufleute:
Heinrich Ludwig Johannes Emil Holste,
Herrn Wilhelm Johannes Maass.

Wanna Georg Kurt Ullrich
finden in die lübeckische Kaufmannschaft als Mitglieder aufgenommen werden.

Lübeck, den 21. November 1922. (10282)

Die Handelskammer.

7. Nachtrag zur städtischen Abschlußordnung vom 1. April 1919.

Der § 4 erhält folgende Fassung:
Die Gebühr wird am Monatsanfang nachträglich erhoben und beträgt für jedes Gefäß:

Für den Monat November 1922

- a) wenn es vom Haushaltsmesser an den Magazin gebracht; oder unmittelbar am Eingang des Grundstücks bereitgestellt wird Mt. 20,-
- b) wenn es aus dem Erdgeschoss dem Garten oder vom Hofplatz abgetragen wird Mt. 20,-
- c) wenn es aus dem Keller oder dem ersten Obergeschoss abgetragen ist . . . Mt. 20,-

Vom 1. Dezember 1922 ab bis auf weiteres

beträgt die Gebühr:

zu a) Mt. 25,-, zu b) Mt. 50,-, zu c) Mt. 75,-

Zu das Gefäß aus noch höheren Geschichten abzutragen, ist erhöht sich die Gebühr mit November um Mt. 20,- und vom 1. Dezember ab bis auf weiteres um Mt. 25,- für jedes weitere Gefäß.

Die Gebühr erhöht sich um Mt. 20,- für November beginn. Mt. 25,- ab 1. Dezember, wenn das Gefäß von einer Stelle abzutragen ist, die, in der Ebene gemessen, mehr als 30 Meter von der Straße entfernt ist.

Für Blech, Eisen und Schläuche beträgt die Gebühr je Kilogramm für jedes Gefäß Mt. 7,-.

Die Abfuhr von Sachen und Gemüsefällen ist untersagt.

Die Verordnung wirkt zuletzt vom 1. November 1922 in Kraft.

Lübeck, den 5. Dezember 1922. (10283)

Das Polizeiamt.

Nichtamtlicher Teil.

Banknoten.

Für die einzelnen Zeitabschnitte und die vielen Gruppenarten sowie Quellen bestand Haiermann für seine guten Worte und Freiheiten meistens die beispiellosen für ihre Unterstützung beim Sammeln unserer lieben Freunde. Kollegen des Hauses bringen mir hiermit meine besten Dank und herzliche Grüße.

Banknoten.

W. Klein und Sohn, Familie Lutzow, Schleswig. (10279)

Schleswig.

Aus aller Welt.
In drei Tagen 1½ Millionen verjubelt. Der zwanzigjährige Eduard Reusch, der einer Fabrik in Hannover den Betrag von 5 Millionen Mark in der vergangenen Woche unterstülpten hatte und gesucht ist, wurde von der Kriminalpolizei in Eisenach festgesetzt. Er hat von den 5 Millionen in drei Tagen 1½ Millionen durchgebracht.

Balkanische Ausbrüche. Nach einer Radio-Meldung aus Messina ist auf einen Ausbruch des Neina ein Ausbruch des Stromboli gefolgt. Furchtbare Vorausströmungen ergieben sich über die Küste und zerstören vollkommen die Weinberge. Der Ausbruch ist von einem heftigen Erdbeben und riesenhafte Explosionen begleitet. Alle Fensterscheiben in den umliegenden Ortschaften wurden zertrümert. In der Bevölkerung brach durch ein andauerndes, unterirdisches Rößen eine Panik aus.

Mord an einem Bahnhofswärter. Auf Wihfeld a. d. Leine wird gemeldet: Auf dem Kalibahnhof Freder. a. d. Leine wurde von Butterräubern, die einen Güterzug plünderten, der Bahnhofswärter Helmreich erschossen.

Neue Bücher.

(Sämtliche hier besprochenen und ausgeführten Bücher sind durch die Buchhandlung des Lübecker Volksboten zu beziehen.)

Die Neue Zeit. Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie. Aus dem Inhalt der Nr. 9 (1. Dezember) sei hervorgehoben: Inflationismus. Von Dr. Karl Lauter. Die Internationale Arbeiterorganisation und die deutsche Sprache. Von H. Fechner. Zur Kenntnis der Antifa. Von Karl Vorländer. Tätigkeit der Berufsvormünder. Von Heinrich Lehmann. Literarische Rundschau. — Bezugspreis vierteljährlich 270 M. Einzelheft 25 M. und Ortszuschläge.

Das politische Ergebnis des Rathenau-Prozesses auf Grund des am 1. Januar vorgenommenen Entwurfes von Karl Brammer mit einem Anhang vom Sachverständigen Dr. Thimme. Verlag für

Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68. Der Rathenau-Prozeß hat mit der Verurteilung unserer Freunde sein Ende noch nicht gefunden haben, solange nicht die hinter jenen stehende Organisation geprüft und vernichtet wurde. In der auf Grund des am 1. Januar vorgenommenen Entwurfes von Karl Brammer mit einem Anhang vom Sachverständigen Dr. Thimme. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68. Der Rathenau-Prozeß hat mit der Verurteilung unserer Freunde sein Ende noch nicht gefunden haben, solange nicht die hinter jenen stehende Organisation geprüft und vernichtet wurde. In der auf Grund des am 1. Januar vorgenommenen Entwurfes von Karl Brammer mit einem Anhang vom Sachverständigen Dr. Thimme. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68. Der Rathenau-Prozeß hat mit der Verurteilung unserer Freunde sein Ende noch nicht gefunden haben, solange nicht die hinter jenen stehende Organisation geprüft und vernichtet wurde. In der auf Grund des am 1. Januar vorgenommenen Entwurfes von Karl Brammer mit einem Anhang vom Sachverständigen Dr. Thimme. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68. Der Rathenau-Prozeß hat mit der Verurteilung unserer Freunde sein Ende noch nicht gefunden haben, solange nicht die hinter jenen stehende Organisation geprüft und vernichtet wurde. In der auf Grund des am 1. Januar vorgenommenen Entwurfes von Karl Brammer mit einem Anhang vom Sachverständigen Dr. Thimme. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68. Der Rathenau-Prozeß hat mit der Verurteilung unserer Freunde sein Ende noch nicht gefunden haben, solange nicht die hinter jenen stehende Organisation geprüft und vernichtet wurde. In der auf Grund des am 1. Januar vorgenommenen Entwurfes von Karl Brammer mit einem Anhang vom Sachverständigen Dr. Thimme. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68. Der Rathenau-Prozeß hat mit der Verurteilung unserer Freunde sein Ende noch nicht gefunden haben, solange nicht die hinter jenen stehende Organisation geprüft und vernichtet wurde. In der auf Grund des am 1. Januar vorgenommenen Entwurfes von Karl Brammer mit einem Anhang vom Sachverständigen Dr. Thimme. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68. Der Rathenau-Prozeß hat mit der Verurteilung unserer Freunde sein Ende noch nicht gefunden haben, solange nicht die hinter jenen stehende Organisation geprüft und vernichtet wurde. In der auf Grund des am 1. Januar vorgenommenen Entwurfes von Karl Brammer mit einem Anhang vom Sachverständigen Dr. Thimme. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68. Der Rathenau-Prozeß hat mit der Verurteilung unserer Freunde sein Ende noch nicht gefunden haben, solange nicht die hinter jenen stehende Organisation geprüft und vernichtet wurde. In der auf Grund des am 1. Januar vorgenommenen Entwurfes von Karl Brammer mit einem Anhang vom Sachverständigen Dr. Thimme. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68. Der Rathenau-Prozeß hat mit der Verurteilung unserer Freunde sein Ende noch nicht gefunden haben, solange nicht die hinter jenen stehende Organisation geprüft und vernichtet wurde. In der auf Grund des am 1. Januar vorgenommenen Entwurfes von Karl Brammer mit einem Anhang vom Sachverständigen Dr. Thimme. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68. Der Rathenau-Prozeß hat mit der Verurteilung unserer Freunde sein Ende noch nicht gefunden haben, solange nicht die hinter jenen stehende Organisation geprüft und vernichtet wurde. In der auf Grund des am 1. Januar vorgenommenen Entwurfes von Karl Brammer mit einem Anhang vom Sachverständigen Dr. Thimme. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68. Der Rathenau-Prozeß hat mit der Verurteilung unserer Freunde sein Ende noch nicht gefunden haben, solange nicht die hinter jenen stehende Organisation geprüft und vernichtet wurde. In der auf Grund des am 1. Januar vorgenommenen Entwurfes von Karl Brammer mit einem Anhang vom Sachverständigen Dr. Thimme. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68. Der Rathenau-Prozeß hat mit der Verurteilung unserer Freunde sein Ende noch nicht gefunden haben, solange nicht die hinter jenen stehende Organisation geprüft und vernichtet wurde. In der auf Grund des am 1. Januar vorgenommenen Entwurfes von Karl Brammer mit einem Anhang vom Sachverständigen Dr. Thimme. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68. Der Rathenau-Prozeß hat mit der Verurteilung unserer Freunde sein Ende noch nicht gefunden haben, solange nicht die hinter jenen stehende Organisation geprüft und vernichtet wurde. In der auf Grund des am 1. Januar vorgenommenen Entwurfes von Karl Brammer mit einem Anhang vom Sachverständigen Dr. Thimme. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68. Der Rathenau-Prozeß hat mit der Verurteilung unserer Freunde sein Ende noch nicht gefunden haben, solange nicht die hinter jenen stehende Organisation geprüft und vernichtet wurde. In der auf Grund des am 1. Januar vorgenommenen Entwurfes von Karl Brammer mit einem Anhang vom Sachverständigen Dr. Thimme. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68. Der Rathenau-Prozeß hat mit der Verurteilung unserer Freunde sein Ende noch nicht gefunden haben, solange nicht die hinter jenen stehende Organisation geprüft und vernichtet wurde. In der auf Grund des am 1. Januar vorgenommenen Entwurfes von Karl Brammer mit einem Anhang vom Sachverständigen Dr. Thimme. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68. Der Rathenau-Prozeß hat mit der Verurteilung unserer Freunde sein Ende noch nicht gefunden haben, solange nicht die hinter jenen stehende Organisation geprüft und vernichtet wurde. In der auf Grund des am 1. Januar vorgenommenen Entwurfes von Karl Brammer mit einem Anhang vom Sachverständigen Dr. Thimme. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68. Der Rathenau-Prozeß hat mit der Verurteilung unserer Freunde sein Ende noch nicht gefunden haben, solange nicht die hinter jenen stehende Organisation geprüft und vernichtet wurde. In der auf Grund des am 1. Januar vorgenommenen Entwurfes von Karl Brammer mit einem Anhang vom Sachverständigen Dr. Thimme. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68. Der Rathenau-Prozeß hat mit der Verurteilung unserer Freunde sein Ende noch nicht gefunden haben, solange nicht die hinter jenen stehende Organisation geprüft und vernichtet wurde. In der auf Grund des am 1. Januar vorgenommenen Entwurfes von Karl Brammer mit einem Anhang vom Sachverständigen Dr. Thimme. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68. Der Rathenau-Prozeß hat mit der Verurteilung unserer Freunde sein Ende noch nicht gefunden haben, solange nicht die hinter jenen stehende Organisation geprüft und vernichtet wurde. In der auf Grund des am 1. Januar vorgenommenen Entwurfes von Karl Brammer mit einem Anhang vom Sachverständigen Dr. Thimme. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68. Der Rathenau-Prozeß hat mit der Verurteilung unserer Freunde sein Ende noch nicht gefunden haben, solange nicht die hinter jenen stehende Organisation geprüft und vernichtet wurde. In der auf Grund des am 1. Januar vorgenommenen Entwurfes von Karl Brammer mit einem Anhang vom Sachverständigen Dr. Thimme. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68. Der Rathenau-Prozeß hat mit der Verurteilung unserer Freunde sein Ende noch nicht gefunden haben, solange nicht die hinter jenen stehende Organisation geprüft und vernichtet wurde. In der auf Grund des am 1. Januar vorgenommenen Entwurfes von Karl Brammer mit einem Anhang vom Sachverständigen Dr. Thimme. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68. Der Rathenau-Prozeß hat mit der Verurteilung unserer Freunde sein Ende noch nicht gefunden haben, solange nicht die hinter jenen stehende Organisation geprüft und vernichtet wurde. In der auf Grund des am 1. Januar vorgenommenen Entwurfes von Karl Brammer mit einem Anhang vom Sachverständigen Dr. Thimme. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68. Der Rathenau-Prozeß hat mit der Verurteilung unserer Freunde sein Ende noch nicht gefunden haben, solange nicht die hinter jenen stehende Organisation geprüft und vernichtet wurde. In der auf Grund des am 1. Januar vorgenommenen Entwurfes von Karl Brammer mit einem Anhang vom Sachverständigen Dr. Thimme. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68. Der Rathenau-Prozeß hat mit der Verurteilung unserer Freunde sein Ende noch nicht gefunden haben, solange nicht die hinter jenen stehende Organisation geprüft und vernichtet wurde. In der auf Grund des am 1. Januar vorgenommenen Entwurfes von Karl Brammer mit einem Anhang vom Sachverständigen Dr. Thimme. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68. Der Rathenau-Prozeß hat mit der Verurteilung unserer Freunde sein Ende noch nicht gefunden haben, solange nicht die hinter jenen stehende Organisation geprüft und vernichtet wurde. In der auf Grund des am 1. Januar vorgenommenen Entwurfes von Karl Brammer mit einem Anhang vom Sachverständigen Dr. Thimme. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68. Der Rathenau-Prozeß hat mit der Verurteilung unserer Freunde sein Ende noch nicht gefunden haben, solange nicht die hinter jenen stehende Organisation geprüft und vernichtet wurde. In der auf Grund des am 1. Januar vorgenommenen Entwurfes von Karl Brammer mit einem Anhang vom Sachverständigen Dr. Thimme. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68. Der Rathenau-Prozeß hat mit der Verurteilung unserer Freunde sein Ende noch nicht gefunden haben, solange nicht die hinter jenen stehende Organisation geprüft und vernichtet wurde. In der auf Grund des am 1. Januar vorgenommenen Entwurfes von Karl Brammer mit einem Anhang vom Sachverständigen Dr. Thimme. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68. Der Rathenau-Prozeß hat mit der Verurteilung unserer Freunde sein Ende noch nicht gefunden haben, solange nicht die hinter jenen stehende Organisation geprüft und vernichtet wurde. In der auf Grund des am 1. Januar vorgenommenen Entwurfes von Karl Brammer mit einem Anhang vom Sachverständigen Dr. Thimme. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68. Der Rathenau-Prozeß hat mit der Verurteilung unserer Freunde sein Ende noch nicht gefunden haben, solange nicht die hinter jenen stehende Organisation geprüft und vernichtet wurde. In der auf Grund des am 1. Januar vorgenommenen Entwurfes von Karl Brammer mit einem Anhang vom Sachverständigen Dr. Thimme. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68. Der Rathenau-Prozeß hat mit der Verurteilung unserer Freunde sein Ende noch nicht gefunden haben, solange nicht die hinter jenen stehende Organisation geprüft und vernichtet wurde. In der auf Grund des am 1. Januar vorgenommenen Entwurfes von Karl Brammer mit einem Anhang vom Sachverständigen Dr. Thimme. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68. Der Rathenau-Prozeß hat mit der Verurteilung unserer Freunde sein Ende noch nicht gefunden haben, solange nicht die hinter jenen stehende Organisation geprüft und vernichtet wurde. In der auf Grund des am 1. Januar vorgenommenen Entwurfes von Karl Brammer mit einem Anhang vom Sachverständigen Dr. Thimme. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68. Der Rathenau-Prozeß hat mit der Verurteilung unserer Freunde sein Ende noch nicht gefunden haben, solange nicht die hinter jenen stehende Organisation geprüft und vernichtet wurde. In der auf Grund des am 1. Januar vorgenommenen Entwurfes von Karl Brammer mit einem Anhang vom Sachverständigen Dr. Thimme. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68. Der Rathenau-Prozeß hat mit der Verurteilung unserer Freunde sein Ende noch nicht gefunden haben, solange nicht die hinter jenen stehende Organisation geprüft und vernichtet wurde. In der auf Grund des am 1. Januar vorgenommenen Entwurfes von Karl Brammer mit einem Anhang vom Sachverständigen Dr. Thimme. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68. Der Rathenau-Prozeß hat mit der Verurteilung unserer Freunde sein Ende noch nicht gefunden haben, solange nicht die hinter jenen stehende Organisation geprüft und vernichtet wurde. In der auf Grund des am 1. Januar vorgenommenen Entwurfes von Karl Brammer mit einem Anhang vom Sachverständigen Dr. Thimme. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68. Der Rathenau-Prozeß hat mit der Verurteilung unserer Freunde sein Ende noch nicht gefunden haben, solange nicht die hinter jenen stehende Organisation geprüft und vernichtet wurde. In der auf Grund des am 1. Januar vorgenommenen Entwurfes von Karl Brammer mit einem Anhang vom Sachverständigen Dr. Thimme. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68. Der Rathenau-Prozeß hat mit der Verurteilung unserer Freunde sein Ende noch nicht gefunden haben, solange nicht die hinter jenen stehende Organisation geprüft und vernichtet wurde. In der auf Grund des am 1. Januar vorgenommenen Entwurfes von Karl Brammer mit einem Anhang vom Sachverständigen Dr. Thimme. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68. Der Rathenau-Prozeß hat mit der Verurteilung unserer Freunde sein Ende noch nicht gefunden haben, solange nicht die hinter jenen stehende Organisation geprüft und vernichtet wurde. In der auf Grund des am 1. Januar vorgenommenen Entwurfes von Karl Brammer mit einem Anhang vom Sachverständigen Dr. Thimme. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68. Der Rathenau-Prozeß hat mit der Verurteilung unserer Freunde sein Ende noch nicht gefunden haben, solange nicht die hinter jenen stehende Organisation geprüft und vernichtet wurde. In der auf Grund des am 1. Januar vorgenommenen Entwurfes von Karl Brammer mit einem Anhang vom Sachverständigen Dr. Thimme. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68. Der Rathenau-Prozeß hat mit der Verurteilung unserer Freunde sein Ende noch nicht gefunden haben, solange nicht die hinter jenen stehende Organisation geprüft und vernichtet wurde. In der auf Grund des am 1. Januar vorgenommenen Entwurfes von Karl Brammer mit einem Anhang vom Sachverständigen Dr. Thimme. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68. Der Rathenau-Prozeß hat mit der Verurteilung unserer Freunde sein Ende noch nicht gefunden haben, solange nicht die hinter jenen stehende Organisation